



Stadt Köln



EhAP Plus

Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der
am stärksten benachteiligten Personen

**Dokumentation der
Fachtagung
„Zuwanderung aus Südosteuropa
– EhAP Plus – Wege der
Integration Heute und Morgen“
03.03.2026**



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Vormittag

- 10.00 Uhr Einführung in den Tag
Tagesmoderation Uli Kreikebaum, Journalist und Autor
- 10.15 Uhr Grußbotschaft:
Stadt Köln, Bürgermeisterin Teresa De Bellis-Olinger
- 10.25 Uhr **1. Fach-Vortrag:**
Referent: Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Politikwissenschaft/Sozialpolitik
„Armut geprägte Zuwanderung aus Südosteuropa. Befunde und Herausforderungen für die kommunale Praxis“
- 11.05 Uhr **2. Fach-Vortrag:**
Referentin: Christiane Certa, Stadt Dortmund, Leitung Strategische Sozialplanung
„Zwischen Systemgrenzen und kommunaler Gestaltungskraft: Wann die Arbeitsmarktintegration von Unionsbürger*innen gelingt“
- 11.45 Uhr Musikalischer Beitrag
- 12.00 Uhr Mittagspause und Vernetzungsmöglichkeit

Nachmittag

13.00 Uhr **Workshop-Phase**

Workshop 1 – Strategien der Vernetzung

Netzwerkstruktur EU-Zuwanderung auf sozialräumlicher Ebene

Raum 006

(Studienhaus)

Workshop 2 – Integration in den Arbeitsmarkt

Warum wir sie brauchen und wie sie gelingen kann

Plenum

Workshop 3 – Projektpraxis zwischen Anspruch und Realität

Herausforderungen und nachhaltige Lösungsansätze

Plenum

14.15 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Workshops

14.30 Uhr Kaffeepause

Nachmittag

14.50 Uhr **Podiumsdiskussion:**
Zuwanderung aus Südosteuropa – Integration Heute und Morgen gestalten – Visionen und Voraussetzungen

Teilnehmende:

Andreas Bartels, Diakonie Deutschland, Berlin, Referent für Europäische Kohäsions- und Strukturpolitik, Mitglied im ESF Plus Begleitausschuss

Birgit Büttgen, Stadt Köln, Amt für Integration und Vielfalt, Stabsstelle Fachkoordination EU Zuwanderung

Christiane Certa, Stadt Dortmund, Leitung Strategische Sozialplanung

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Politikwissenschaft/Sozialpolitik

Rainer Radler, Jobcenter Köln, Mitglied der Geschäftsführung

Bernd Walgenbach, Agentur für Arbeit Köln, Bereichsleiter Integration

Tim Westerholt, Caritasverband Köln e.V., Geschäftsfeldleiter Integration

15.50 Uhr Schlusswort

16.00 Uhr Ende der Veranstaltung

10.00 Uhr **Einführung in den Tag**

Tagesmoderation Uli Kreikebaum,
Journalist und Autor



10.15 Uhr **Grußbotschaft**

Stadt Köln, Bürgermeisterin Teresa De Bellis-Olinger



Rede zu Zuwanderung aus Südosteuropa – EhAP-Plus – Wege der Integration heute und morgen

Dienstag, 03.03.2026 – VHS / Rautenstrauch-Joest-Museum

Sehr geehrte Frau Baum,
sehr geehrter Herr Professor Kurtenbach,
sehr geehrte Frau Certa,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich – auch im Namen unseres Oberbürgermeisters Torsten Burmester – zur heutigen Fachtagung
„Zuwanderung aus Südosteuropa – EhAP-Plus – Wege der Integration heute und morgen“.

Mein besonderer Dank gilt dem Amt für Integration und Vielfalt für die Organisation dieses Fachtages im Rahmen des Projekts „INKA – In Köln Ankommen“.

Sie bringen heute Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft, Verwaltung, Arbeitsverwaltung und sozialer Praxis zusammen.
Genau diesen Schulterschluss brauchen wir, wenn wir Integration nicht nur beschreiben, sondern wirksam gestalten wollen.

Köln ist seit jeher eine Stadt der Zuwanderung. Unsere Geschichte ist ohne Migration nicht denkbar. Menschen aus ganz Europa und aus der ganzen Welt haben hier Arbeit gefunden, Unternehmen gegründet, Vereine aufgebaut, Kultur geprägt und Nachbarschaften mit Leben gefüllt.
Vielfalt ist für Köln kein Schlagwort – sie ist gelebte Realität.

Mit der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der Europäischen Union im Jahr 2014 ist auch in Köln die Zahl der zugewanderten Unionsbürgerinnen und Unionsbürger gestiegen, insbesondere aus Rumänien und Bulgarien.

Diese Entwicklung ist Ausdruck eines europäischen Grundrechts – der Freizügigkeit. Sie ist Teil eines gemeinsamen Europas, das auf Mobilität, Chancen und wirtschaftlicher Teilhabe basiert.

Gleichzeitig dürfen wir nicht ausblenden: Ein Teil dieser Zuwanderung ist armutsgeprägt. Menschen kommen mit großen Hoffnungen und stehen hier oftmals vor erheblichen Hürden.

Für die Kommunen bedeutet das sehr konkrete Herausforderungen.
Diese zeigen sich nicht abstrakt in Statistiken, sondern ganz konkret vor Ort:

- in Schulen, in denen Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse ankommen;
- in Kitas, die Integrationsarbeit von Beginn an leisten;
- im Wohnumfeld, wo prekäre Mietverhältnisse und Überbelegung soziale Spannungen verstärken;
- in der Gesundheitsversorgung;
- und auf dem Arbeitsmarkt.

Integration ist deshalb keine theoretische Debatte.
Sie findet im Alltag statt. Im Klassenzimmer, im Treppenhaus, im Betrieb, im Amt.

Die Stadt Köln steht klar für Vielfalt, Respekt und die Würde jedes Menschen. Teilhabe ist kein Privileg, sondern Grundlage unseres demokratischen Zusammenlebens. Wer hier lebt, soll die Chance haben, sich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und eine Perspektive aufzubauen.

Gleichzeitig schauen wir mit Realismus auf die strukturellen Herausforderungen:

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum – und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern konkret in unseren Quartieren.

Wir brauchen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, insbesondere für Menschen mit geringen formalen Qualifikationen.

Wir brauchen verlässliche Sprachförderung und Bildungsangebote.
Und wir brauchen soziale Stabilisierung in besonders belasteten Stadtteilen.

Hier setzt das Projekt „INKA – In Köln Ankommen“ an.

INKA bietet niedrigschwellige Beratung und Begleitung für besonders benachteiligte neu zugewanderte EU-Bürgerinnen und -Bürger.

Es hilft bei ganz praktischen Fragen: Anmeldung, Schulzugang, Arbeitsaufnahme, Gesundheitsversorgung. Es schafft Orientierung in einem System, das für viele zunächst unübersichtlich ist. Und es stärkt Netzwerke im Sozialraum, indem es bestehende Angebote verbindet, statt parallele Strukturen aufzubauen.

INKA ist kein isoliertes Projekt.

Es ergänzt bestehende kommunale Maßnahmen – von der Clearingstelle „Migration und Gesundheit“ bis hin zu Programmen zur Arbeitsmarktintegration.

Gerade diese Verzahnung ist entscheidend.

Integration gelingt nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern durch abgestimmte Strategien.

Ein zentraler Punkt ist dabei die Arbeitsmarktintegration.

Arbeit ist mehr als Einkommen.

Arbeit bedeutet Selbstständigkeit.

Arbeit bedeutet Struktur.

Arbeit bedeutet Anerkennung.

Wo Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, entstehen Stabilität und Perspektiven – für sie selbst und für ihre Familien.

Das gelingt aber nur im Zusammenspiel von Kommune, Agentur für Arbeit, Jobcenter und freier Trägerlandschaft.

Jeder für sich allein wird die Aufgabe nicht bewältigen können.

Integration gelingt nicht im Nebeneinander von Zuständigkeiten.

Sie gelingt im Zusammenwirken.

Deshalb ist dieser Fachtag so wichtig.

Er schafft Raum für fachlichen Austausch jenseits von Schlagworten.

Er verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit praktischen Erfahrungen aus der täglichen Arbeit.

Und er ermöglicht es, voneinander zu lernen.

Wir stehen zugleich vor neuen Rahmenbedingungen.

Die Förderstrukturen des Europäischen Sozialfonds Plus und des EhAP-Plus-Programms werden sich verändern. Für viele Projekte stellt sich die Frage nach Verstetigung und Planungssicherheit. Kommunen brauchen hier verlässliche Rahmenbedingungen.

Integration ist keine kurzfristige Aufgabe – sie braucht Kontinuität.

Es ist deshalb wichtig, dass wir heute nicht nur Bilanz ziehen, sondern auch nach vorne schauen:

Welche Ansätze haben sich bewährt?

Wo müssen wir nachsteuern?

Welche Unterstützung brauchen wir von Land, Bund und EU?

Integration ist eine Daueraufgabe. Sie erfordert Ressourcen, strategische Klarheit und einen langen Atem. Aber sie ist zugleich eine Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Wenn Kinder Bildungswege erfolgreich gehen,

wenn Eltern in Arbeit kommen,

wenn Quartiere stabil bleiben oder sich positiv entwickeln,

dann profitieren wir als gesamte Stadtgesellschaft.

Köln wird diesen Weg weiterhin aktiv gestalten: mit Sachlichkeit, mit Haltung und mit kommunaler Verantwortung.

Wir werden Herausforderungen nicht kleinreden. Aber wir werden sie auch nicht dramatisieren.

Unser Ziel bleibt klar: faire Chancen, klare Regeln und tragfähige Strukturen.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement, für Ihre fachliche Expertise und für Ihre tägliche Arbeit, oft unter anspruchsvollen Bedingungen.

Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Tagung, konstruktive Diskussionen und viele Impulse für die gemeinsame Arbeit, heute und in Zukunft.

Herzlichen Dank.

10.25 Uhr **1. Fach-Vortrag**

Referent: Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach,
Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen,
Politikwissenschaft/Sozialpolitik

**„Armutsgеprägte Zuwanderung aus Südosteuropa.
Befunde und Herausforderungen für die kommunale
Praxis“**

Anschließend Fragerunde Publikum



- Soziale und ethnische Segregation (*Milieuhypothese*)
- Hohe Fluktuation (*Durchgangshypothese*)
- Länger ansässige ethnische Minorität mit Verbindung ins Migrationsquellgebiet (*Brückenkopfhypothese*)
- Ethnische Ökonomie und Arbeitsgelegenheiten für Geringqualifizierte (*Beschäftigungshypothese*)
- Einschlägige Opportunitäten, beispielsweise solche die Remissionen ermöglichen (*Opportunitätenhypothese*)

Soziale
ethnische
Segregation

Stadt Köln
EHAP Plus
KÖLNER VHS
Bereit für Neues
er VHS-Forum

INKA –
In Köln Ankommen

Kölner Kooperationsprojekt mit verschiedenen Trägern zur Verbesserung der individuellen Lebenssituation von Migranten in der Europäischen Union

12 von 00

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

Zuwanderung aus Südostruropa



Zuwanderung aus Südosteuropa

Befunde und Herausforderungen für die kommunale Praxis

Praxisforum zur Zuwanderung aus Südosteuropa

Köln, 03.03.2026

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

Politikwissenschaft/Sozialpolitik

Hüfferstraße 27
D-48149 Münster

fon +49 (0)251.83 65745
fax +49 (0)251.83 65804

Kurtenbach@fh-muenster.de
www.fh-muenster.de

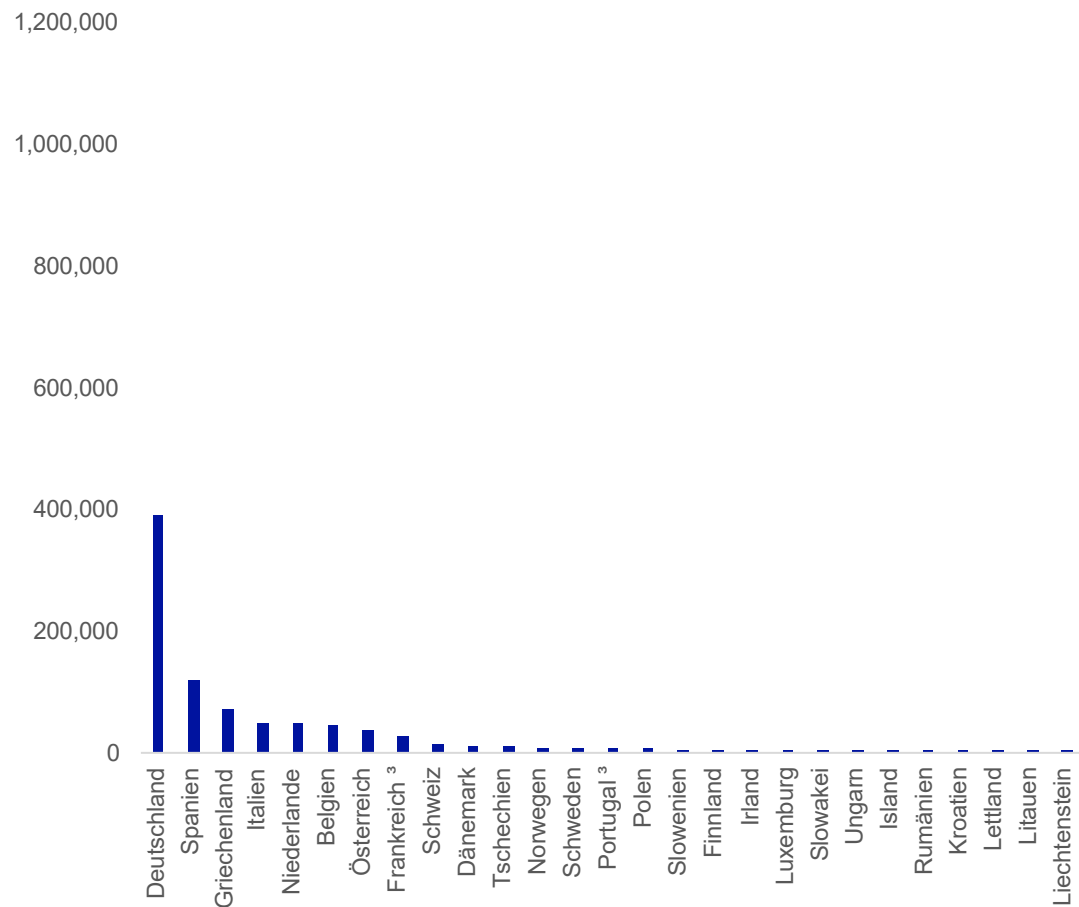


Worüber reden wir eigentlich?

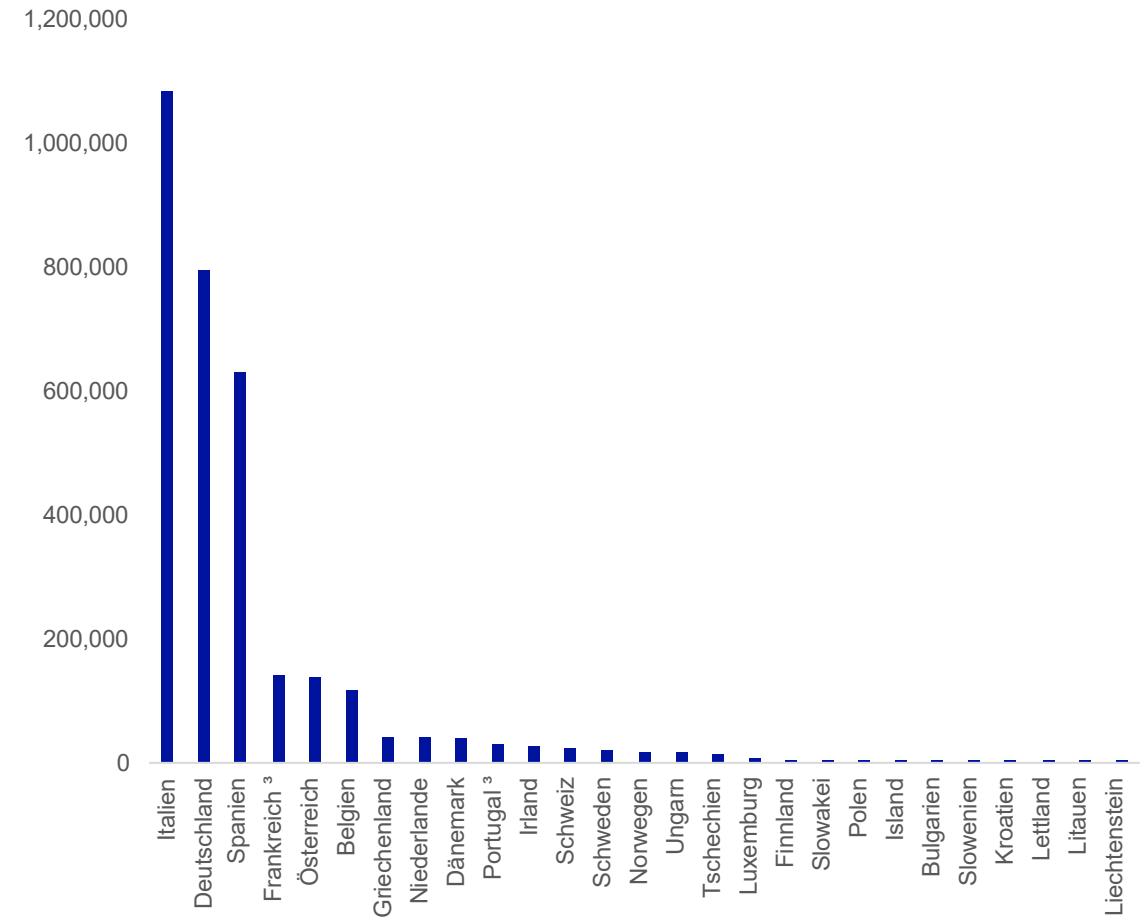
- Seit 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der EU und ihre Staatsbürger*innen haben alle Freizügigkeitsrechte.
- Mit der Aufnahme war die Hoffnung verbunden, die bereits fortgeschrittenen rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen in beiden Ländern nachhaltig zu verankern.
- Beide gehören nach wie vor zu den ärmsten Mitgliedstaaten, weisen hohe Auswanderungsraten auf und es sind nach wie vor Defizite in der rechtsstaatlichen Entwicklung festzustellen.
- Zur Struktur der Armut in beiden Ländern gehört auch der Hinweis, dass die heterogenen Roma-Minderheiten jeweils die ärmste Gruppe bildet, häufig segregiert leben und unter immenser Diskriminierung leidet.
- Doch auch die „Mittelschicht“ in beiden Ländern sieht sich Armut ausgesetzt.
 - ➔ Assistenzärzte verdienen brutto zwischen 1.200 € und 1.800 € im Monat (Deutschland rund 5.000€).
- Deutschland profitiert von der Zuwanderung in besonderem Maße
 - ➔ Im Jahr 2024 praktizierten in Deutschland nach der Bundesärztekammer 2.066 bulgarische und 4.682 rumänische Ärzt:innen.
- Aber nicht alle Regionen, Städte oder Quartiere profitieren gleichermaßen.
 - ➔ Zugelassene Herzchirurgen und ungelernte Arbeiter:innen ziehen nicht an die gleiche Adresse.
- Einige Kommunen verzeichnen eine armutsgeprägte Zuwanderung aus den beiden Staaten, was immens zu sozial- und ordnungspolitischen Herausforderungen führt.

Worüber reden wir eigentlich?

Anzahl der Staatsbürger Bulgariens in den EU-Ländern 2022

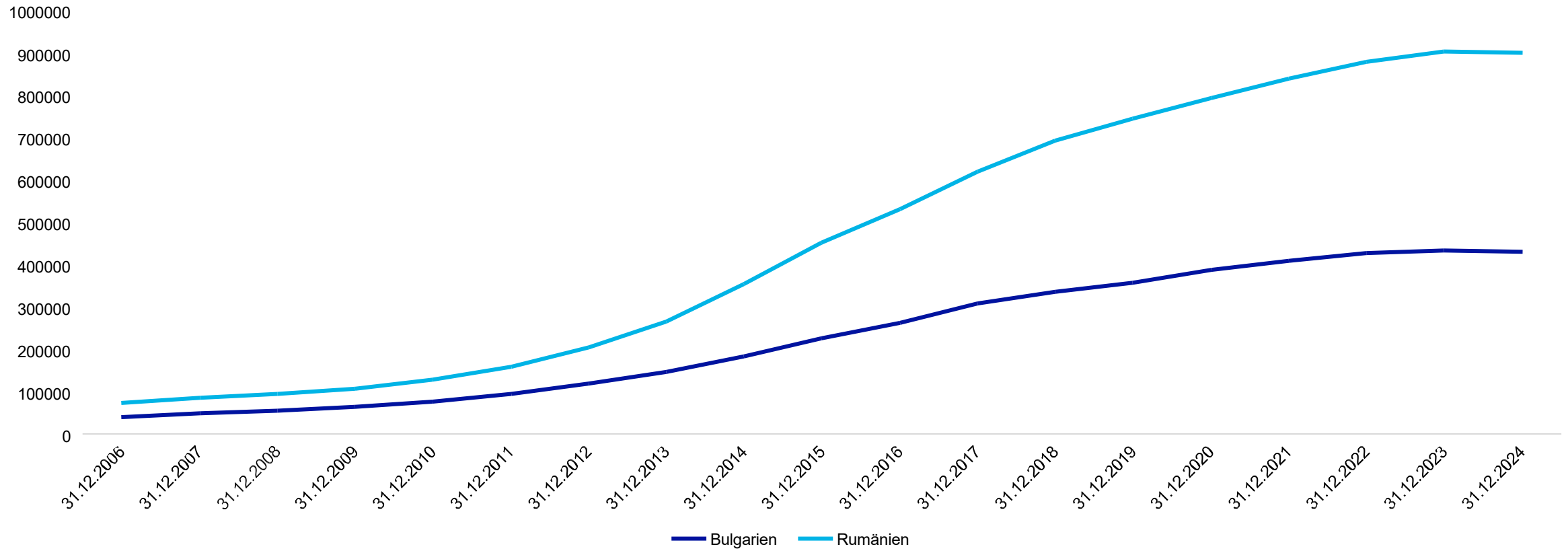


Anzahl der Staatsbürger Rumäniens in den EU-Ländern 2022



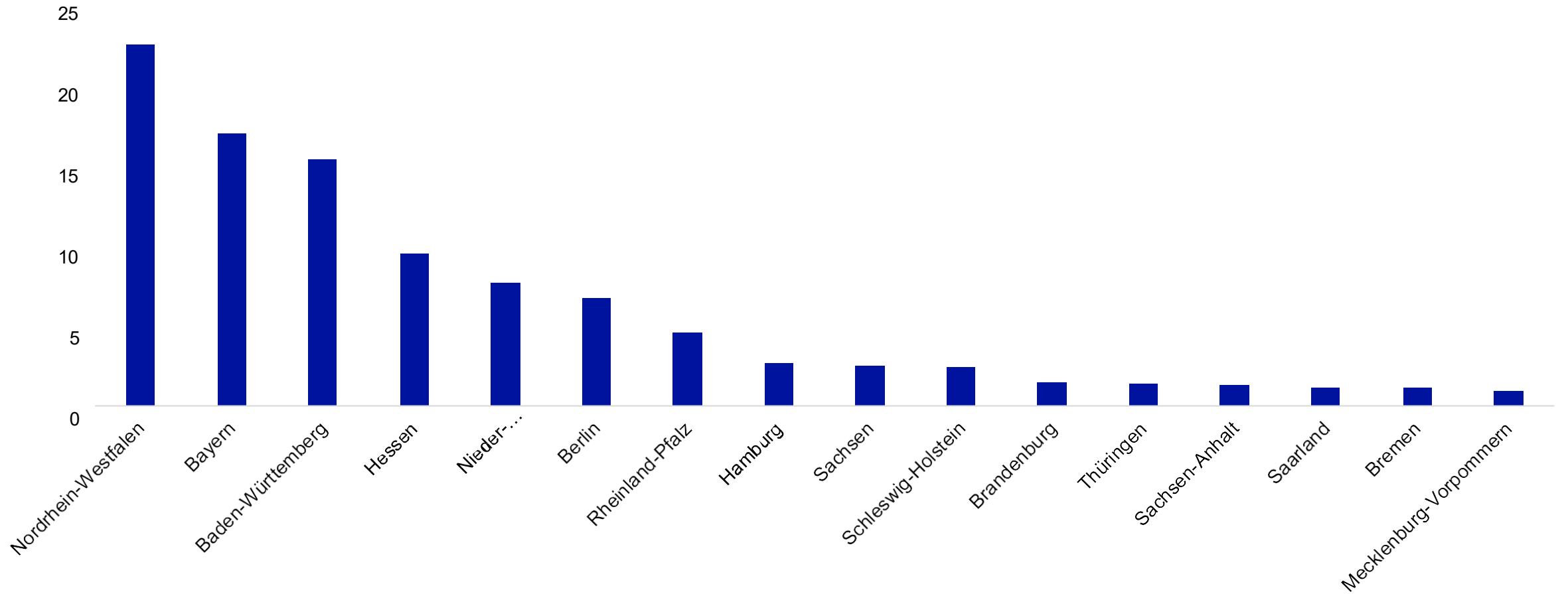
Worüber reden wir eigentlich?

Entwicklung der Anzahl der Rumän:innen und Bulgar:innen in Deutschland 2006 bis 2024



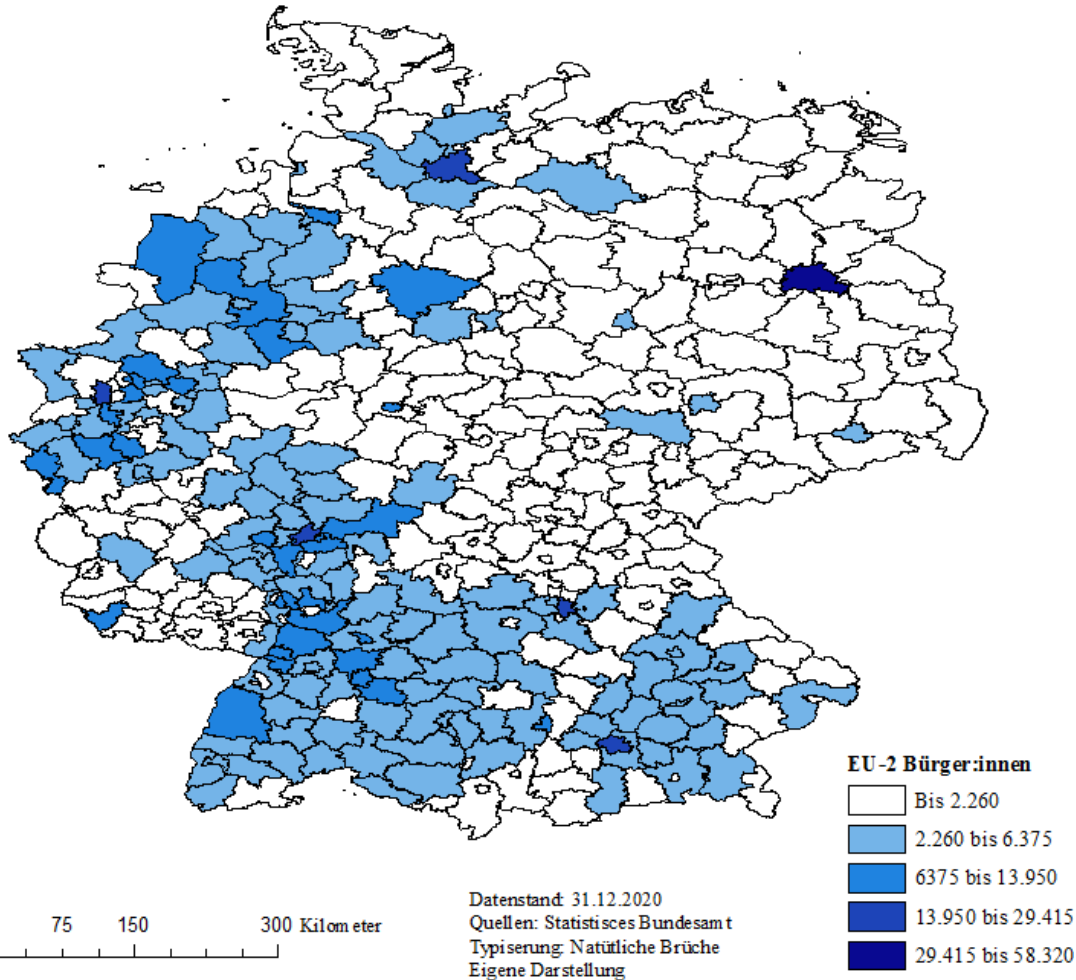
Worüber reden wir eigentlich?

Verteilung der Staatsbürger:innen Rumäniens und Bulgariens über die Bundesländer 2024



Worüber reden wir eigentlich?

EU-2 Bürger:innen in den Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands



20 % der Zuwanderung konzentriert sich auf 10 Kreise & kreisfreie Städte

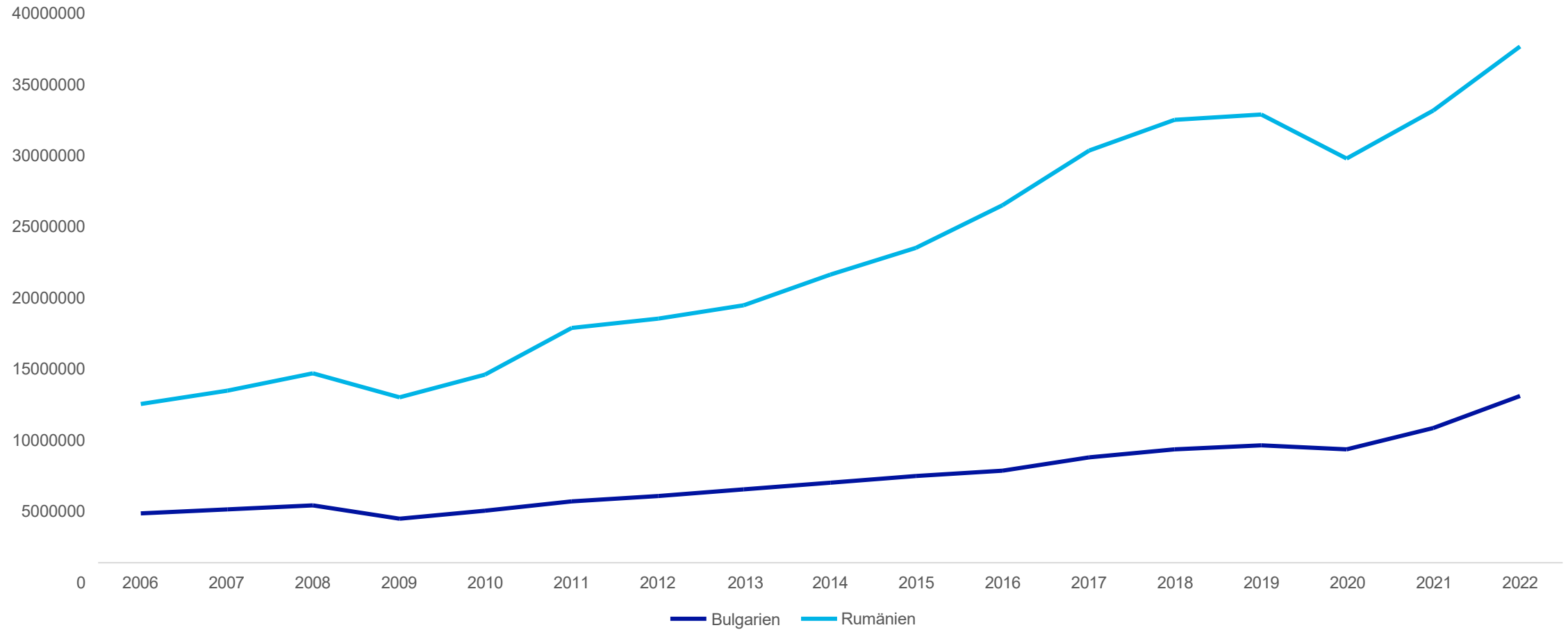
50% der Zuwanderung konzentriert sich auf 60 der Kreise und kreisfreien Städte

Das sind nur 12,7% der Kreise und kreisfreien Städte.

Stadt/Kreis	EU-2 Bürger:innen	Anteil an allen EU-2 Bürger:innen
Berlin	58.320	4,9 %
München	29.415	2,5 %
Duisburg	23.910	2,0 %
Frankfurt a.M.	20.985	1,8 %
Nürnberg	20.620	1,7 %
Hamburg	18.835	1,6 %
Saarlouis (LK)	13.950	1,2 %
Köln	13.725	1,2 %
Region Hannover	12.955	1,1 %
Gütersloh (LK)	12.560	1,1 %

Worüber reden wir eigentlich?

Handelsvolumen mit Rumänien und Bulgarien, Wert in Tsd. €, 2006 bis 2022



Wo ist das Problem?

- Migration ist ein dauerhaftes Phänomen in Deutschland und nicht alleine auf Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien bzw. der EU beschränkt. Also wo liegt hier das Problem?
- Wir haben ein sehr aufgeteiltes Migrationsrecht und kennen im Grunde drei Gruppen mit unterschiedlichem Rechtsstatus:
 - Asylsuchende → AsylG
 - Drittstaatler → AufenthG
 - EU-Ausländer:innen → FreizügG/EU
- Jede dieser Gruppen hat eigene Formen des Rechtsanspruchs, beispielsweise auf Leistungen nach dem SGB II oder Wohngeld.
- EU-Bürger:innen dürfen sich 90 Tage ohne Auflagen in Deutschland aufhalten, sie dürfen sich niederlassen, Bankkonten eröffnen und eine Arbeit aufnehmen.
- Das Problem ist nun, dass sie keinen direkten Zugang zu Hilfeleistungen haben und dieser nur indirekt und mit Vorarbeiten möglich ist. Unterstützung zu Beginn ist also kaum möglich.
 - *Schutz der Sozialsysteme & Diversität der Rechtsprechung der Sozialgerichte*
- Das heißt auch, dass auf die Strukturen des Sozialstaates kein Rückgriff möglich ist, sodass parallel Unterstützungslandschaften aufgebaut werden müssen, meist auf Kosten der Kommunen.

Wo ist das Problem?

- Die Rechtslage ist nur dann ein besonderes kommunales Problem, wenn die kommunale Finanzlage angespannt ist oder es in der Kommune eine besonders hohe Zahl von EU-Bürger*innen gibt, die von Armut bedroht sind.
- Dann sind die Kommunen, noch mit Unterstützung des Landes und der EU sowie privater Förderer, weitestgehend auf sich alleine gestellt und können nur temporär finanzierte Strukturen ausbilden, meist in Form von (Modell)Projekten.
- Hier zeigt sich der Vorteil, dass sich Zuwanderung kleinräumig konzentriert und daher quartiersbezogene Ansätze entwickelt werden können.
- Ein weiteres Phänomen ist, dass es unter der Gruppe der EU-Ausländer*innen relativ häufig zur Ausprägung transnationaler Migrationsmuster kommt. Einfach gesagt: man pendelt regelmäßig zurück ins Herkunftsgebiet oder sucht zwischenzeitlich auch an anderen Orten und in anderen EU-Ländern nach Arbeit.
- Zugleich fällt es immer schwerer, die unterschiedlichen Gruppen der EU-Zuwanderer:innen aus Rumänien und Bulgarien adäquat zu begleiten → *Aufsteiger:innen, diejenigen die „in einer Sackgasse“ stecken oder die Rückkehrpläne entwickeln.*

Wo ist das Problem?



- Die Folge ist: Die Lage wird immer unübersichtlicher!
- Dabei sind die Kommunen seit gut 10 Jahren nahezu auf sich alleine gestellt, wobei NRW mit dem dualen Bachelor-Studiengang „Soziale Arbeit“ mit dem Schwerpunkt „Migration und Integration“ nachhaltige Strukturen geschaffen hat.
- Auch das Land förderte zwischen 2017 und 2026 mit dem Förderprogramm „Zuwanderung aus Südosteuropa“ Kommunen mit hoher Zuwanderung relativ einfach Maßnahmen vor Ort.
- Allerdings ist es fraglich, wie ohne die Entwicklung von Regelstrukturen die Arbeit mittelfristig aufrechterhalten werden kann. → *Überforderung von KIM!*
- Hinzu kommt, dass wir immer noch nicht genau wissen, wer eigentlich warum und mit welchen Absichten aus SOE nach NRW kommt, was eine bedarfsgerechte Angebotsplanung erschwert. → *Kaum belastbare Evidenzbasierung!*



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



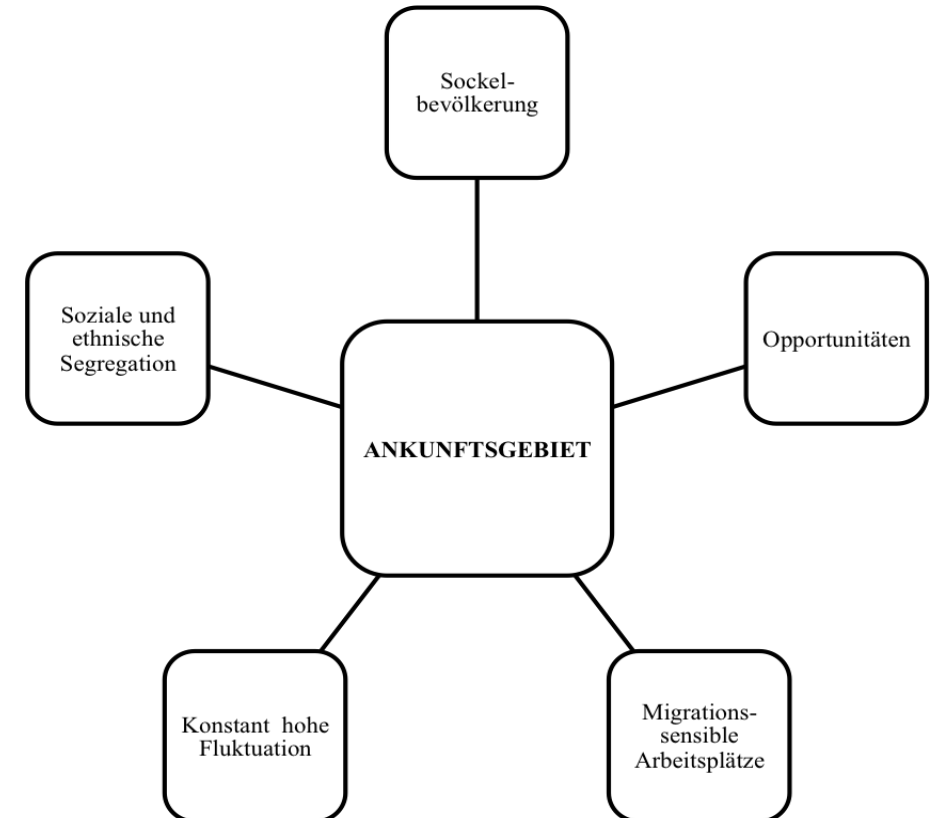
Geförderte Kommunen
2023-2024:
10 kreisfreie Städte,
15 Kreise mit insgesamt
25 kreisangehörigen Städten

www.chancen.nrw

Ein Ansatzpunkt: Wir beobachten, dass
Zuwanderer*innen aus SOE häufig in
Ankunftsgebiete zuziehen.

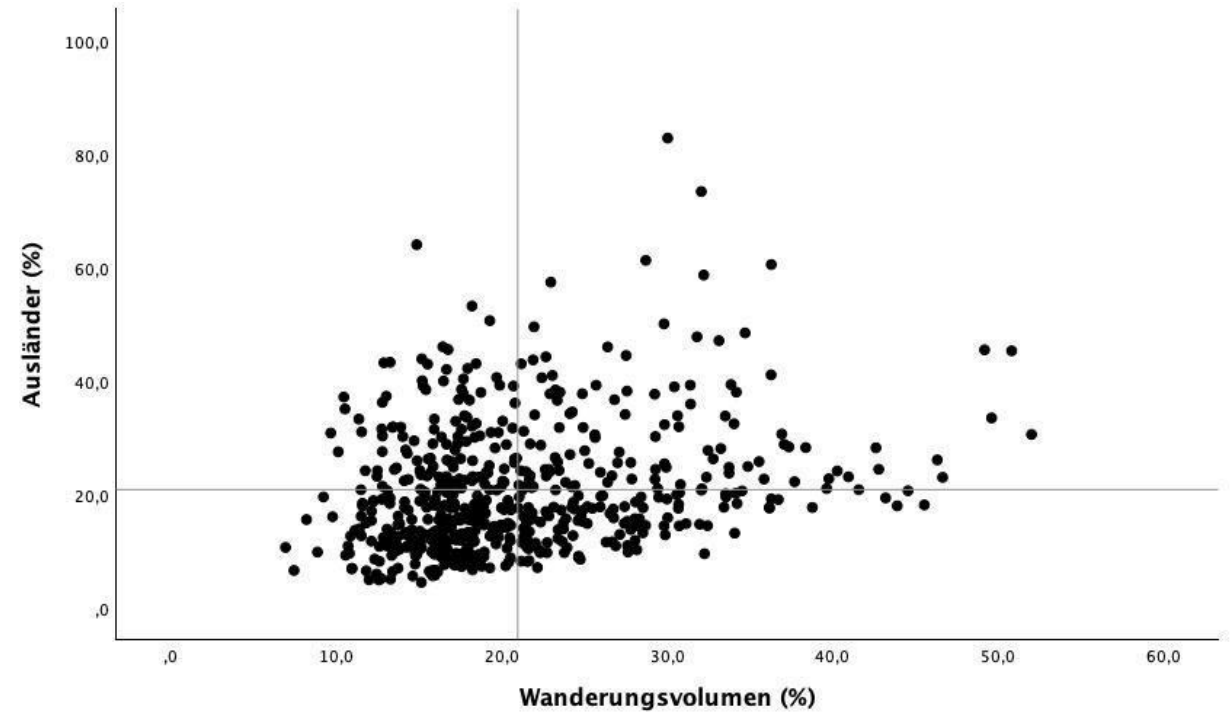
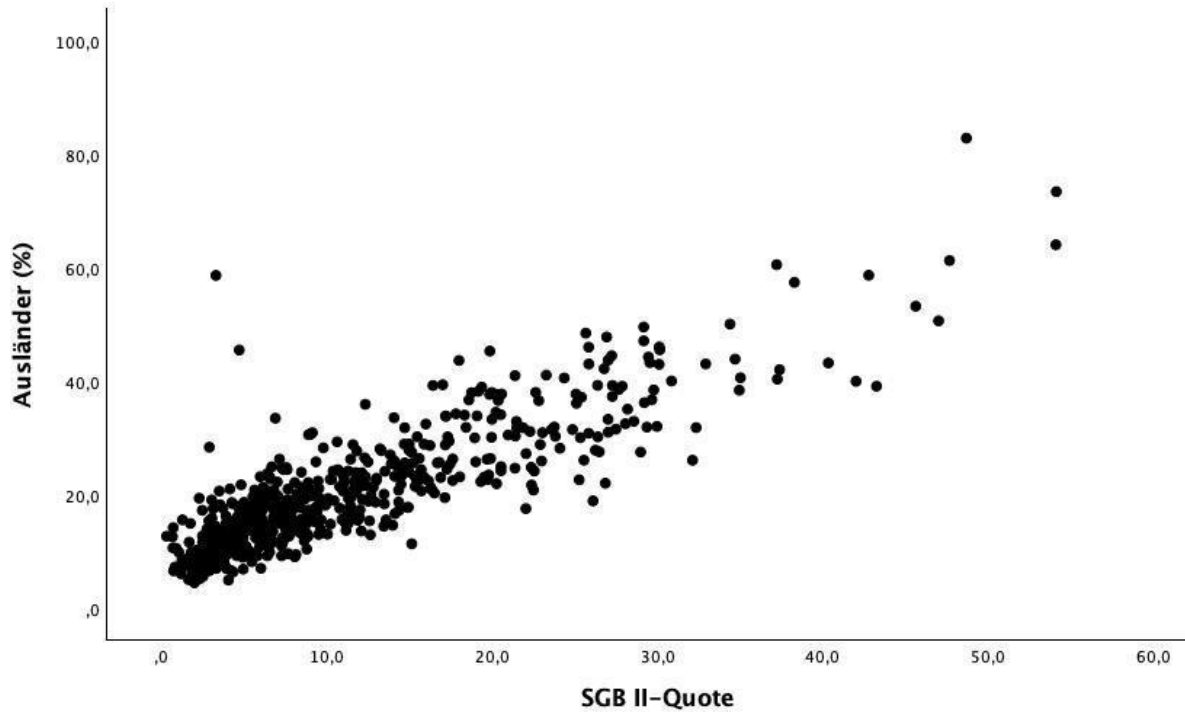
Profil von Ankunftsgebieten

- Sozial und ethnisch segregiert (*Milieuhypothese*)
- Hohe Fluktuation (*Durchgangshypothese*)
- Länger ansässige ethnische Minorität mit Verbindung ins Migrationsquellgebiet (*Brückenkopfhypothese*)
- Ethnische Ökonomie und Arbeitsgelegenheiten für Geringqualifizierte (*Beschäftigungshypothese*)
- Einschlägige Opportunitäten, beispielsweise solche die Remissionen ermöglichen (*Opportunitätenhypothese*)



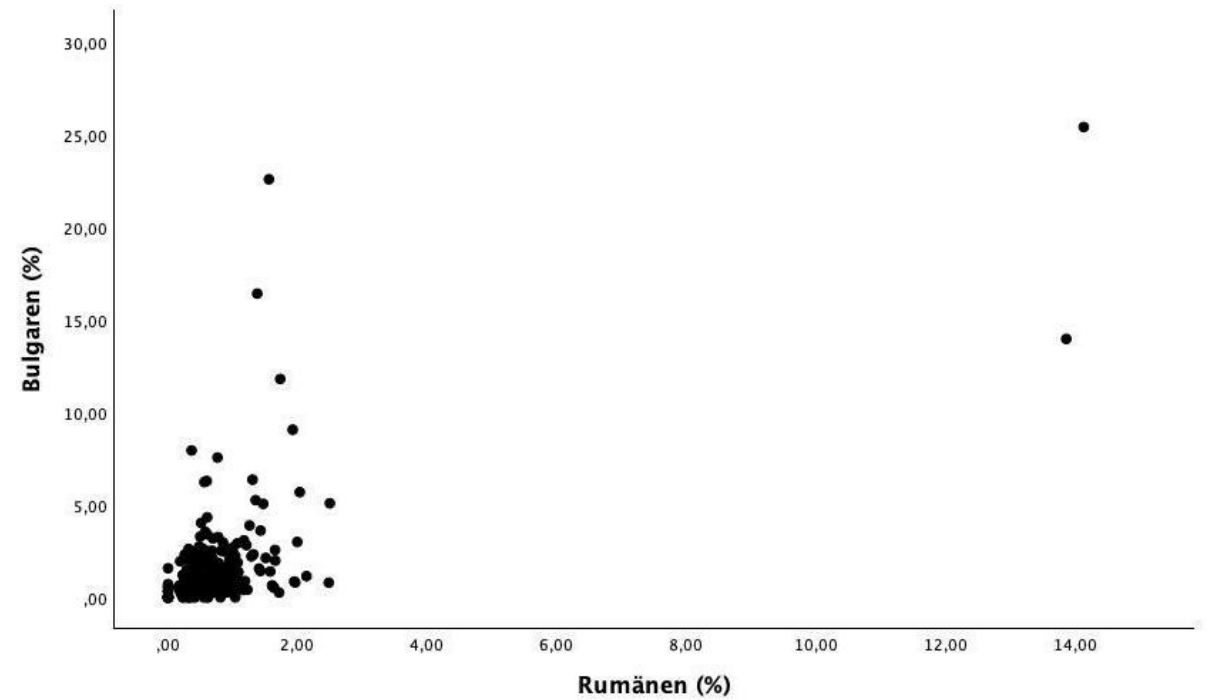
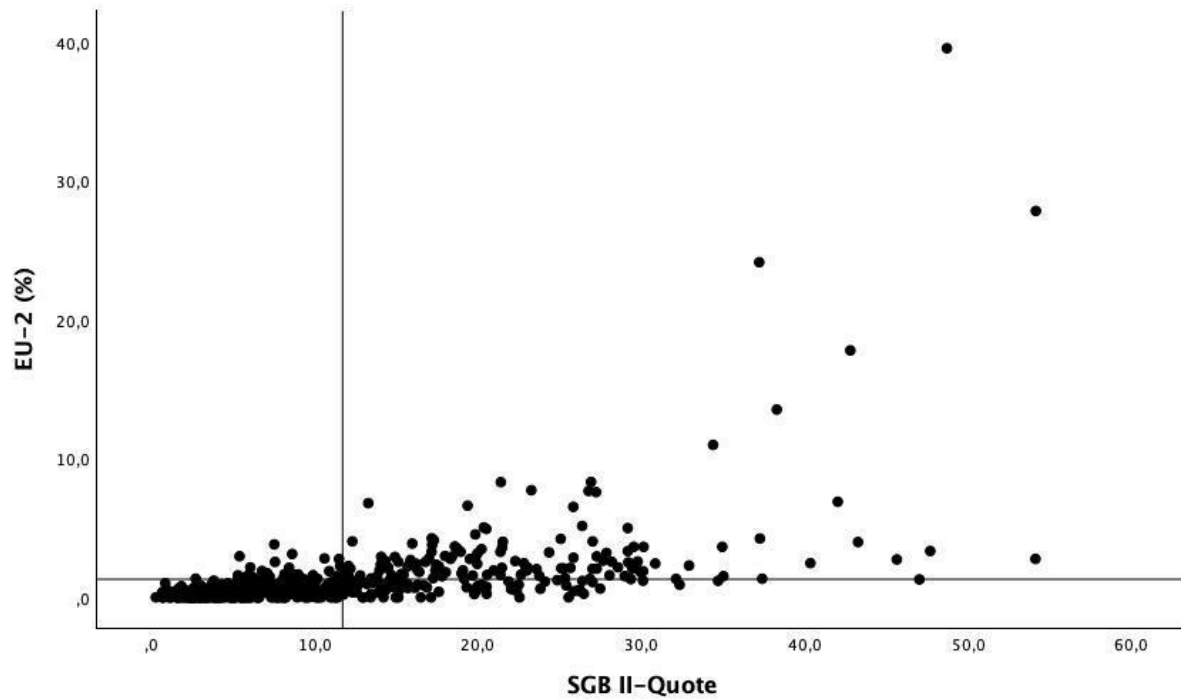
Ein Blick auf Köln

Segregationsmuster



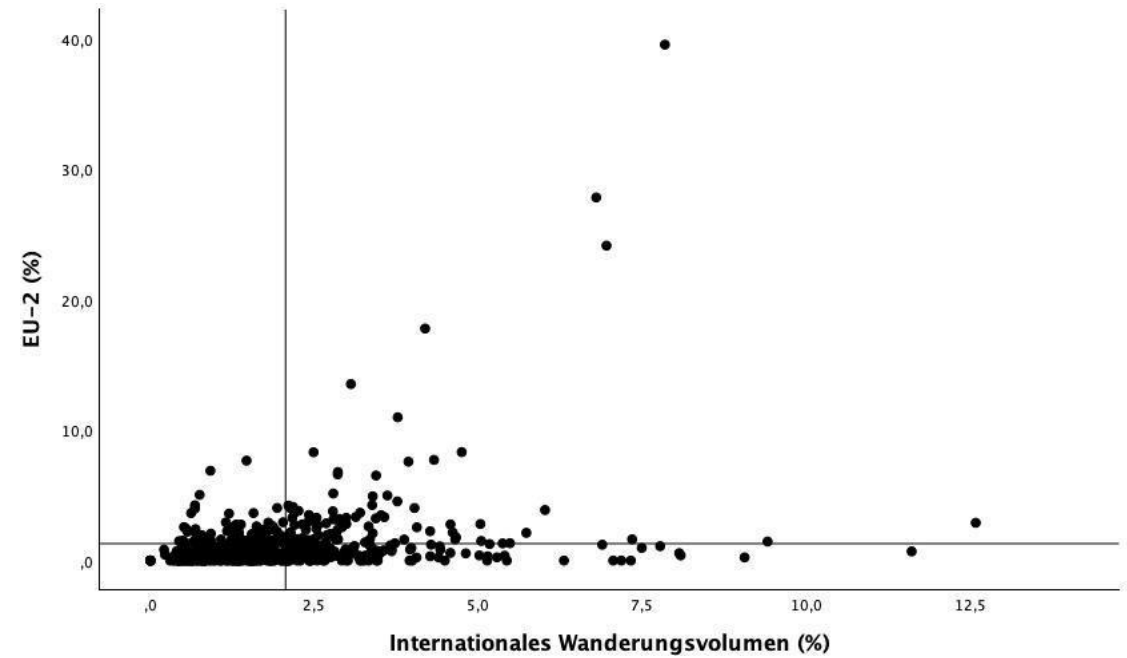
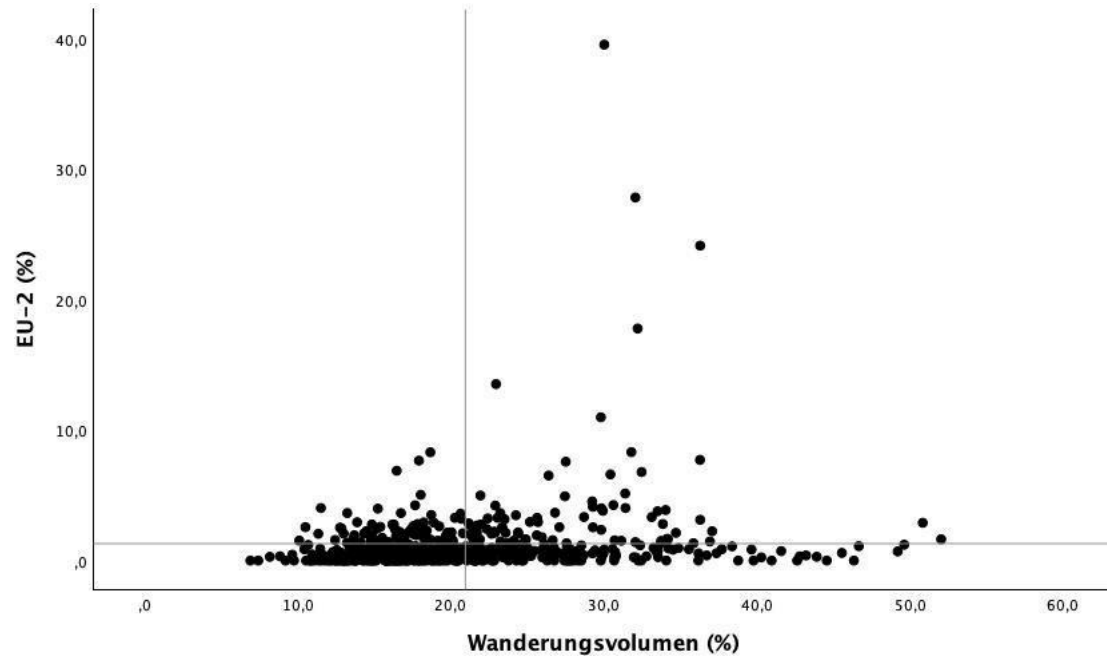
Ein Blick auf Köln

Räumliche Muster der EU-2 Zuwanderung



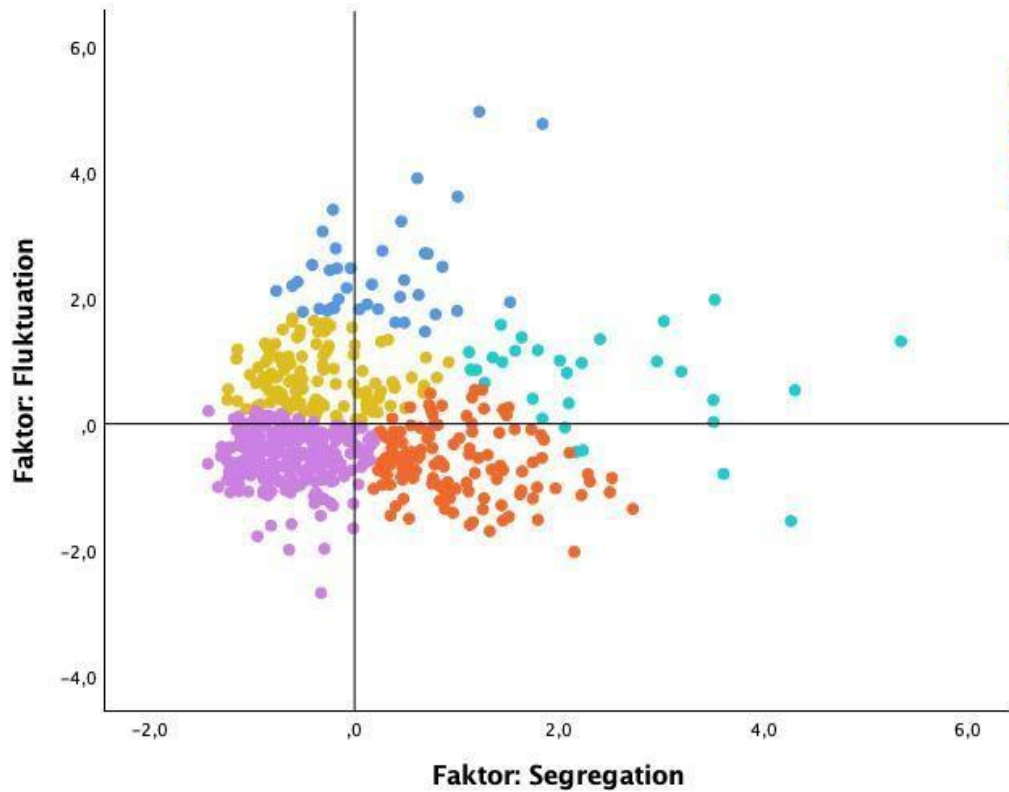
Ein Blick auf Köln

Fluktuation und EU-2 Zuwanderung

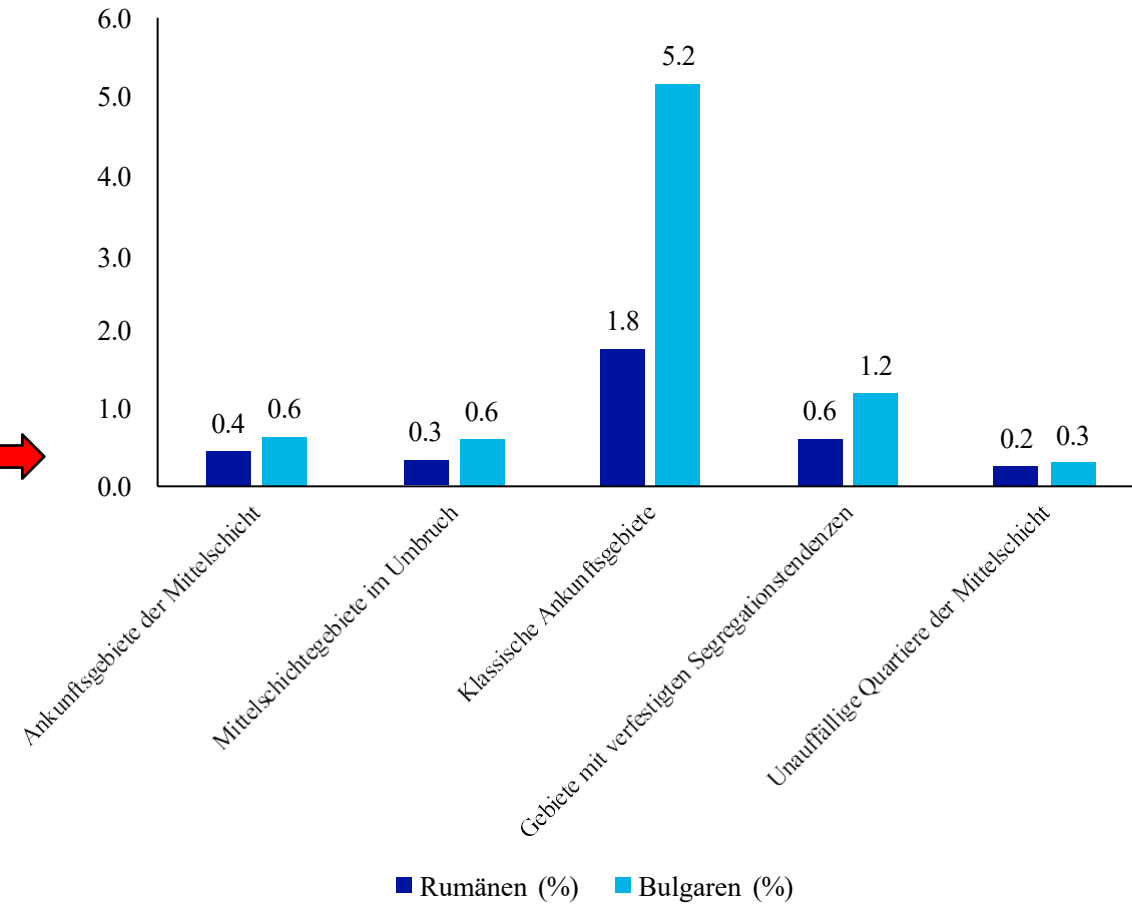


Ein Blick auf Köln

Ankunftsgebiete

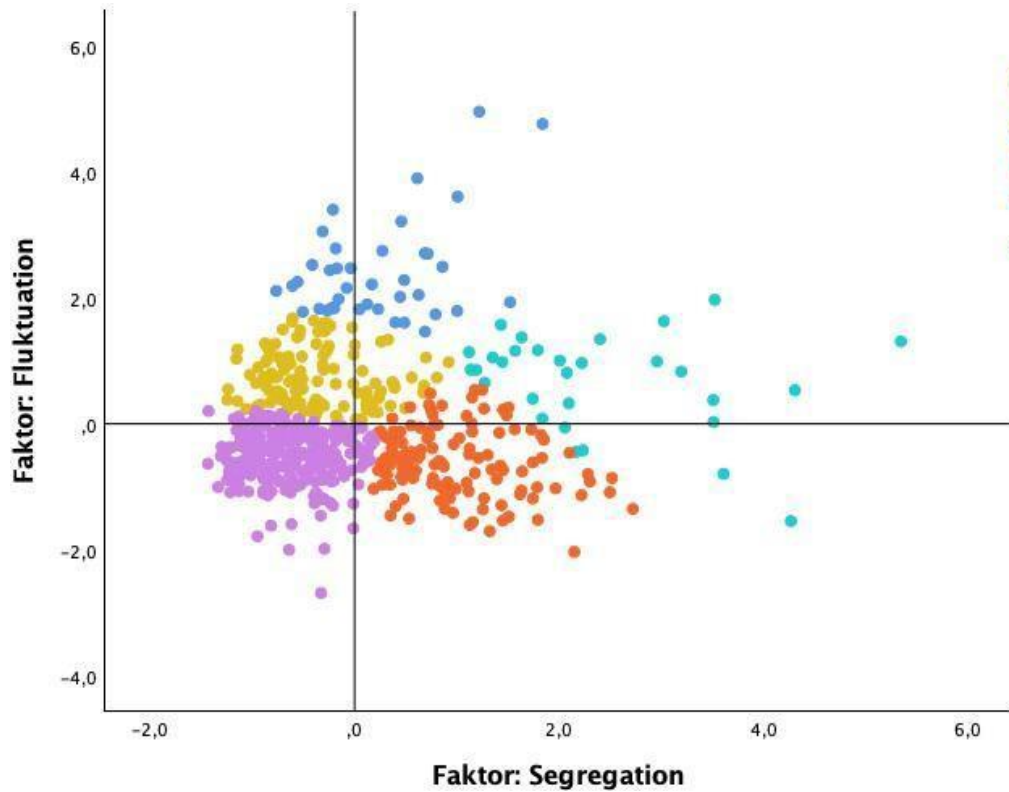


- Cluster**
- Ankunftsgebiete der Mittelschicht
 - Mittelschichtsquartiere im Umbruch
 - Klassische Ankunftsgebiete
 - Gebiete mit verfestigten Segregationstendenzen
 - Unauffällige Mittelschichtsquartiere

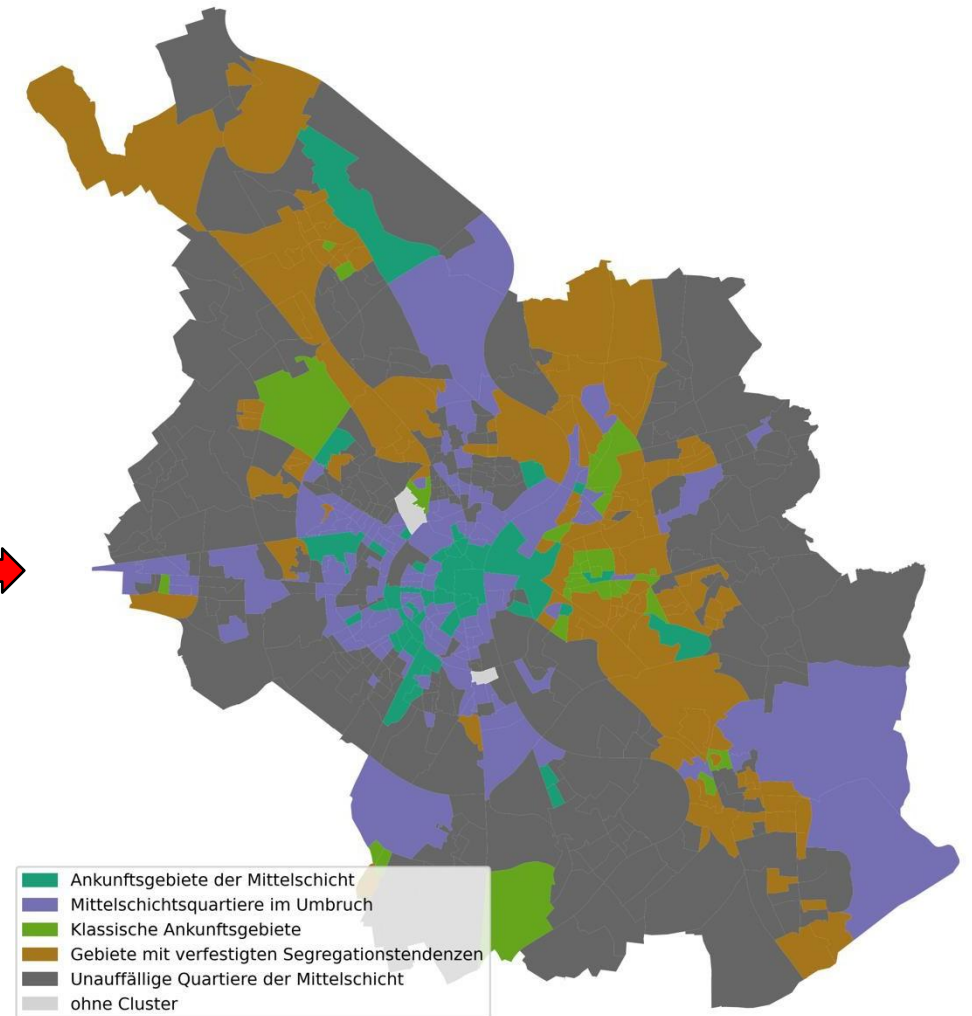


Ein Blick auf Köln

Ankunftsgebiete



- Cluster**
- Ankunftsgebiete der Mittelschicht
 - Mittelschichtsquartiere im Umbruch
 - Klassische Ankunftsgebiete
 - Gebiete mit verfestigten Segregationstendenzen
 - Unauffällige Mittelschichtsquartiere



Ein Blick auf Köln

- Auch in Köln ist die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien teilweise armutsgeprägt
- Die hohe und wachsende Konzentration und das internationale Wanderungsvolumen lassen auf in NRW bekannte Probleme bei der Wohnraumversorgung neu Zugewanderter schließen:
 - Überbelegung
 - Fehlende Mietverträge
 - Schrottimmobilien
 - Wahrgenommene Verwahrlosung des öffentlichen Raums
 - Müllproblematik
 - Teilweise Scheinselbstständigkeit & Minijobs + SGB II
 - Mitunter Schulabstinz

Was hilft?

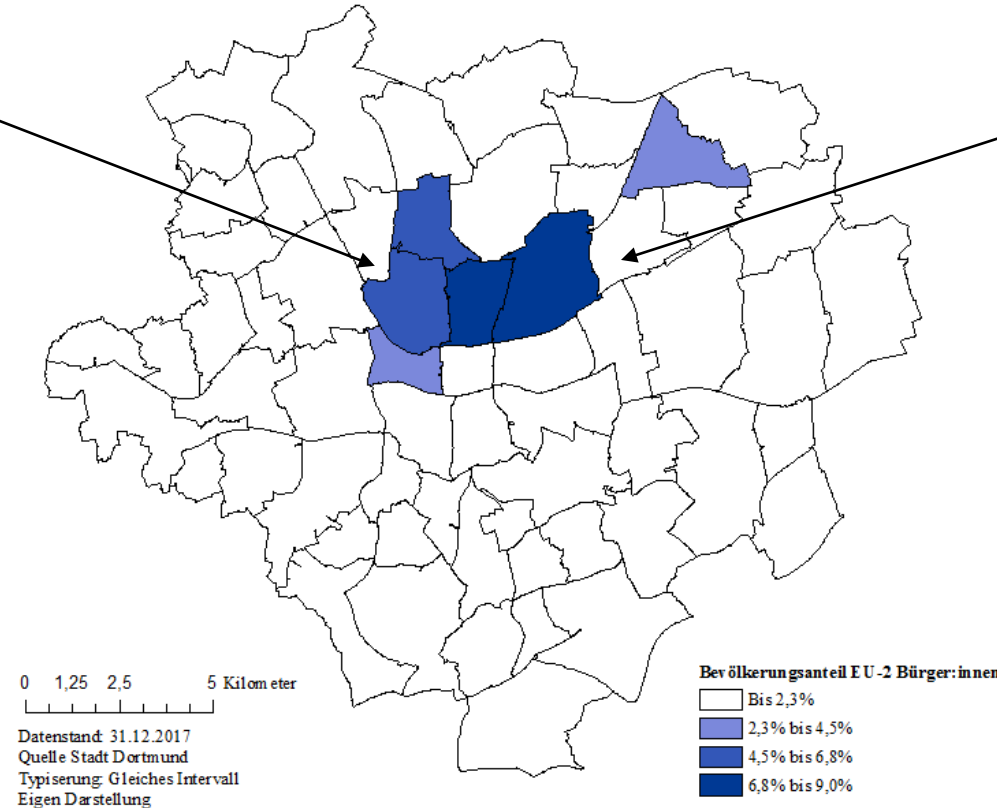
Das Beispiel der Dortmunder Nordstadt

- Ist ein „klassisches“ Ankunftsgebiet
 - ➔ hohe Armutsquote, hoher Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und konstant hohe Fluktuation
- Hier gab es in den letzten Jahren Probleme mit sog. „Schrottimmobilien“ die aber mittlerweile weitestgehend im Griff sind. Dennoch besteht eine Unterversorgung mit Wohnraum für armutsgefährdete Zuwanderer*innen aus Rumänien und Bulgarien.
- Es hat sich eine weitreichende Angebotslandschaft sozialer Dienste vor Ort entwickelt.
- Der Stadtteil ist zudem geprägt von hoher Diversität, kleinteiligem Gewerbe, hoher Bevölkerungsdichte und guten Bildungseinrichtungen.

Segregierte
Zuwanderung

Spezifizierte
Angebotslandschaft

Anteil der EU-2 Bürger:innen an der Bevölkerung
in den statistischen Bezirken Dortmunds



Ein Blick nach Dortmund

Was wurde getan?

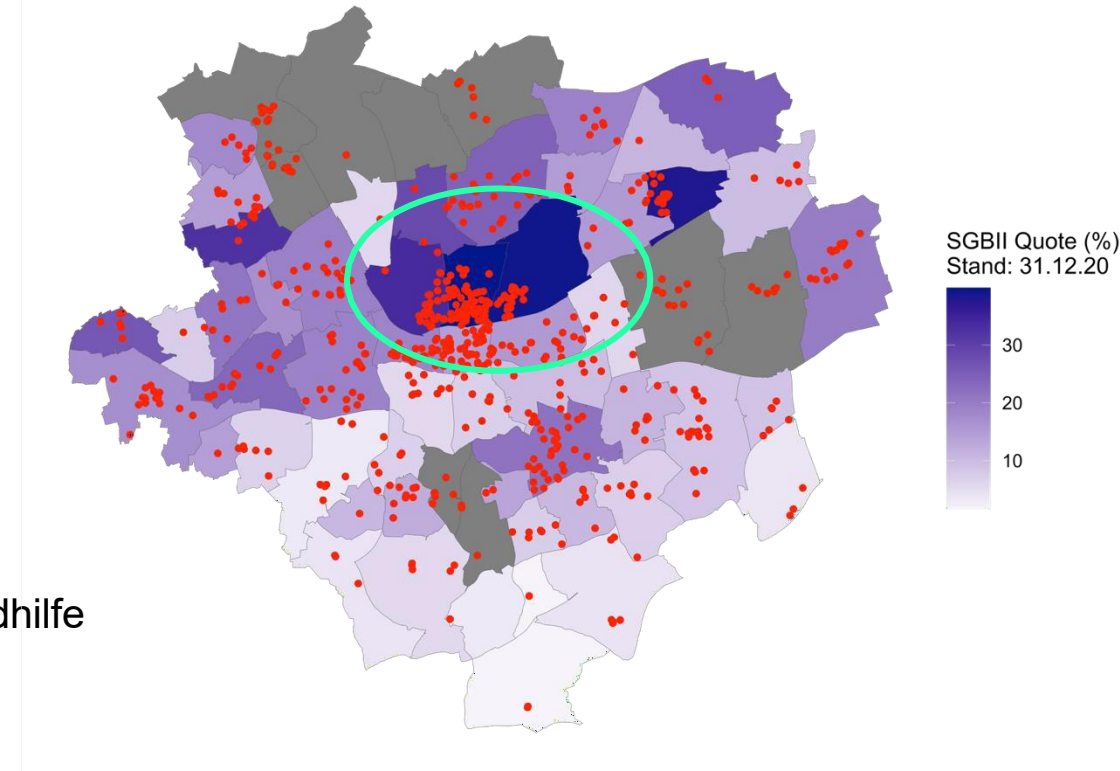
Strategie: Erhöhung des Investitionsvolumens

- Kommune
- Schulen
- Sozialverbände
- Mittelständische Unternehmen

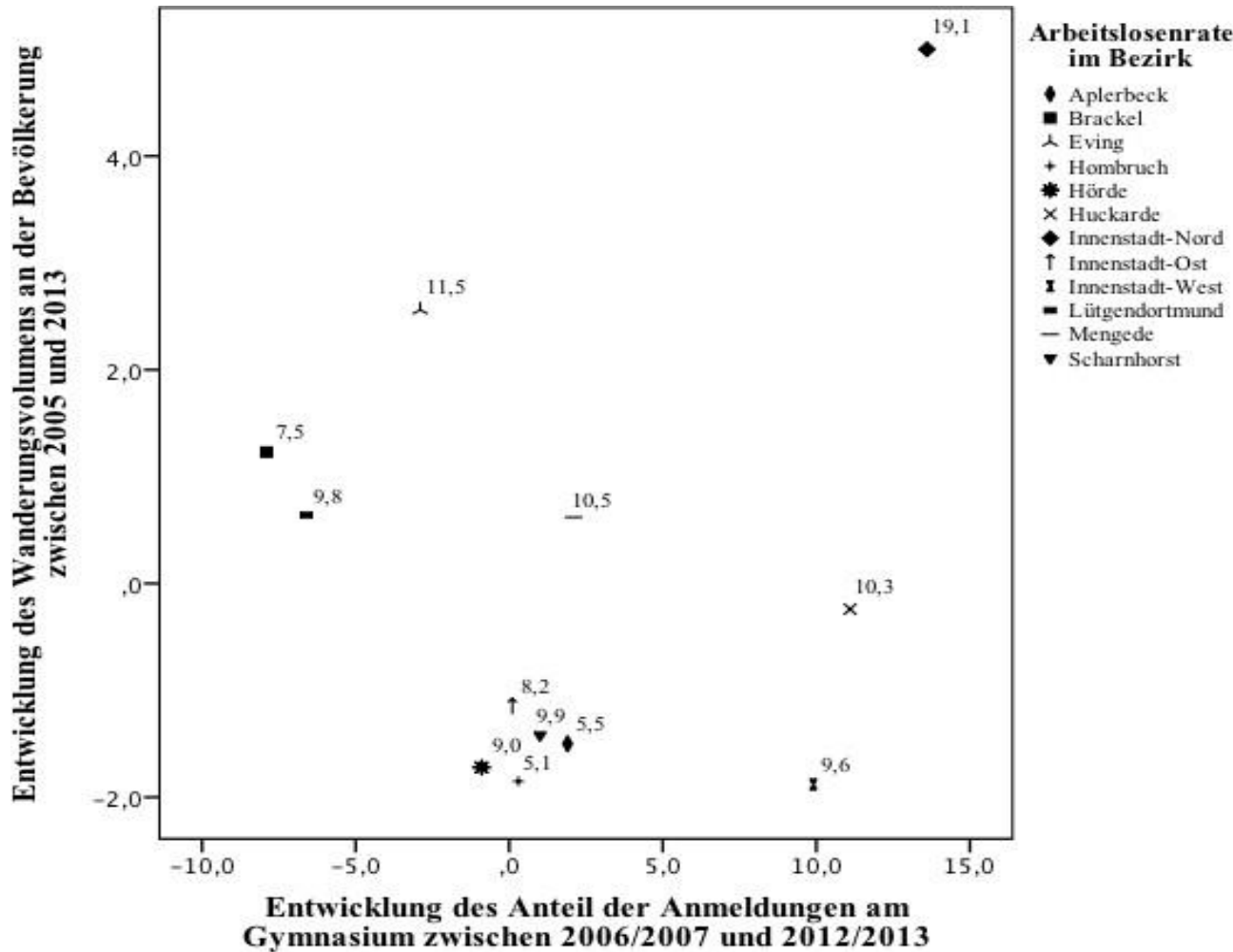
Überwiegend Bildungsinvestitionen

- Rahmenprogramm „Soziale Stadt“
- Veränderung der ortsansässigen Schulformen
- Ausweitungen in den Bereichen der (Schul-)Sozialarbeit
- Verzahnung von frühkindlicher Förderung, Schule und Jugendhilfe
- Qualifizierungsprogramme für Jugendliche
- Innovative Konzepte (Schulpreise etc.)

Dortmund:
SGBII Quote & soziale Einrichtungen



- Ernüchternde Ergebnis: Es hat sich an der Situation vor Ort wenig geändert, sondern noch mehr verschärft und trotz zahlreicher Maßnahmen und rund 400 pädagogische Fachkräfte und Honorarkräfte → circa 8.600.000 € Personalkosten p.a. (geschätzt, SuE9, Stufe 1) zzgl. Sach- und Mietkosten.
- Könnten sich die Stadt nicht das viele Geld sparen? Denn üblicherweise wird dann das Argument vorgetragen „Wenn nicht so viel investiert würde, dann wäre es noch viel schlimmer“ → Nicht evidenzbasiert und nur hypothetischer Natur!



	Est.	p-Value
Individualmerkmale		
Zufriedenheit mit Einkommen	-0.51**	<0.001
Einstellungen zur Familie (positiv)	0.00	0.982
Akzeptanz abw. Verhalten- Peers	0.46**	<0.001
Kontakt zu sozialen Serviceeinrichtungen	0.02	0.803
Kontextmerkmale		
SGBII-Quote	0.20*	0.023
Kollektive Wirksamkeit	0.05	0.661
Legal Cynicism	0.18	0.094
Angebot soz. Serv. pro 1k Bevölkerung	-0.05	0.581
Angebot soz. Serv. Entropiemaß	0.09	0.388
Interaktionsterme		
Kont. soz. Serv. X SGBII-Quote	-0.27*	0.034
Kont. soz. Serv. X koll. Wirksamkeit	-0.07	0.617
Kont. soz. Serv. X Leg. Cynicism	0.03	0.876
Kont. soz. Serv. X Angebot pro 1k Bev.	0.18	0.151
Kont. soz. Serv. X Angebot Entropie	0.06	0.650
N (Stadteinteilung)		37
N (Individuen)		1900

Wir sehen generelle positive Effekte der lokalen Angebotslandschaft. Wie Übertragbarkeit aber auf Integrationsprozesse von Menschen in Armutslagen aus Rumänien und Bulgarien sind, ist ungeklärt!

Wir halten fest

- Armutsgeprägte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien konzentriert sich in einigen Stadtteilen.
- In den Ankunftsquartieren konzentriert sich auch die Bewältigung der Integrationsarbeit.
- Dort bilden sich durch kommunales Engagement und mit Unterstützung des Landes Angebotslandschaften aus, deren Struktur allerdings fragil ist.

Erste Ansätze

- Ein klares Lagebild über die Herausforderungen vor Ort ist notwendig.
- Eindeutige Verantwortlichkeiten und Kooperationen schaffen.
- Eine systematische Evaluation der Angebote, welche gezielt für Zuwanderer*innen aus Südosteuropa gedacht sind, liegt nicht (öffentlich) vor. Das behindert den interkommunalen Lernprozess.
- Zudem braucht es auch der Arbeit an den Strukturen vor Ort, was durch die kommunalen Integrationszentren geleistet werden kann. Ihnen fehlt aber häufig noch der sozialräumliche Blick.

- Es ist nicht davon auszugehen, dass sich in den Herkunftsregionen die Lage strukturell verbessert, weswegen die Ursachen der Abwanderung nicht behoben werden.
- Eine (leider) pragmatische Grundhaltung: Die Kommunen sind und bleiben alleine verantwortlich. Die Länder können unterstützen (und machen es auch noch), der Bund wird es nicht in absehbarer Zeit tun. Daher sind die Kommunen selbst gefordert.

Es braucht:

- Thematisierung ohne Diskriminierung → *Lokales Konfliktmanagement implementieren*
- Arbeit vor Ort! → *mikro-lokale und aufsuchende Arbeitsweisen ausbauen*
- Ein genaueres Bild derjenigen die zu uns kommen → *Systematische Befragung von Zugewanderten noch zu selten*
- Transnationale Strategien → *Das Problem endet nicht an der Stadtgrenze!*
- Begleitung von Aufstiegsprozessen → *Menschen ergreifen ihre Chancen, helfen wir ihnen!*
- Koordination der Angebotslandschaften → *Was passiert wo und wie?*
- Niedrigschwellige und aufsuchende Angebote, Offenheit für innovative Lösungen, Fachkräfte aus den Communities, Kooperationswille und klare Verantwortlichkeiten → *Mit Konkurrenz gewinnt man hier keinen Blumentopf!*
- Monitoring der Migrationsbewegungen und Quartierstypen → *Wo bilden sich Ankunftsquartiere aus?*
- Zusammenarbeit mit Wohnungswirtschaft, Arbeitgebern und Sicherheitsbehörden → *Neue Allianzen wagen!*



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

Politikwissenschaft/Sozialpolitik

Hüfferstraße 27
D-48149 Münster

fon +49 (0)251.83 65745
fax +49 (0)251.83 65804

Kurtenbach@fh-muenster.de
www.fh-muenster.de

Leben in herausfordernden Wohngebieten

Das Beispiel Köln-Chorweiler

11.05 Uhr **2. Fach-Vortrag:**

Referentin: Christiane Certa, Stadt Dortmund, Leitung
Strategische Sozialplanung

**„Zwischen Systemgrenzen und kommunaler
Gestaltungskraft: Wann die Arbeitsmarktintegration
von Unionsbürger*innen gelingt“**

Anschließend Fragerunde Publikum





Stadt Dortmund
Dezernat für Arbeit,
Gesundheit, Soziales,
Sport und Freizeit

EhAP Plus-Transfertagung „Zuwanderung aus Südosteuropa – Wege der Integration Heute und Morgen“

Zwischen Systemgrenzen und kommunaler Gestaltungskraft: Wann die Arbeitsmarktintegration von Unionsbürger*innen gelingt

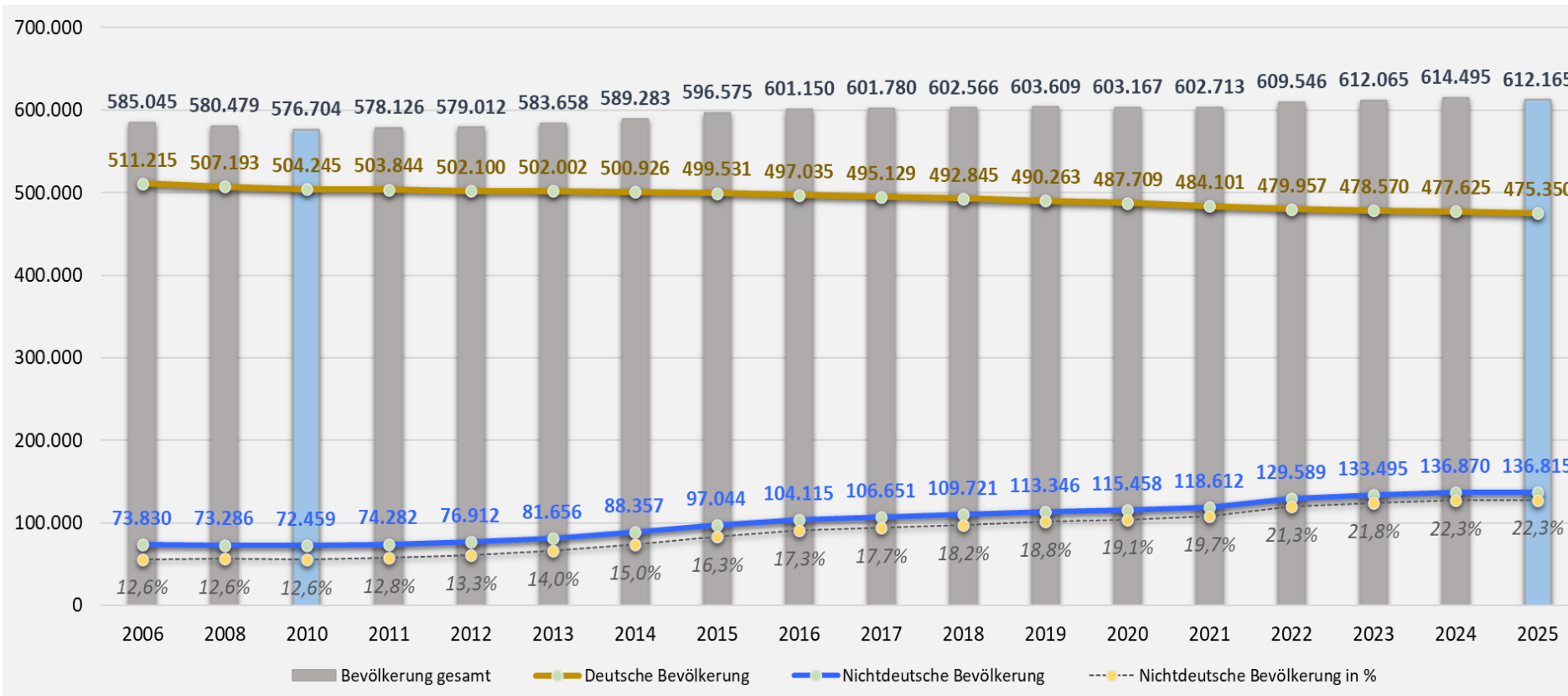
am 03.03.2026 in Köln

Worin liegt eigentlich die Herausforderung?

Vorab: Dortmund ,wächst'



Dortmunder Bevölkerung gesamt, Deutsche und Nichtdeutsche 12/2006 bis 12/2025 (Bestandszahlen absolut; Anteil Nichtdeutsche in %, Stichtag 31.12.)



**Bevölkerungs-
wachstum** → resultiert
aus Zuwanderung

Staatsangehörigkeiten der Nichtdeutschen in Dortmund



16 am stärksten vertretene nichtdeutsche Staatsangehörigkeiten

DO-Gesamtstadt 2015 und 2025 (zum 31.12.) *und Entwicklung 2015/25*

Staaten	2015	2025	Entw. 2015/25
Türkei	22.458	20.440	-2.018
Syrien	4.194	14.210	10.016
Ukraine	2.545	11.680	9.135
Polen	9.591	8.700	-891
Spanien	2.980	7.460	4.480
Rumänien	4.913	6.710	1.797
Bulgarien	2.988	4.975	1.987
Marokko	3.329	4.090	761
Italien	3.427	3.975	548
Griechenland	4.066	3.700	-366
Irak	1.440	2.890	1.450
Serbien	1.473	2.800	1.327
Nordmazedonien	1.987	2.735	748
Kroatien	1.877	2.295	418
Afghanistan	568	2.095	1.527
Kosovo	1.182	1.955	773

Erheblicher Teil aus

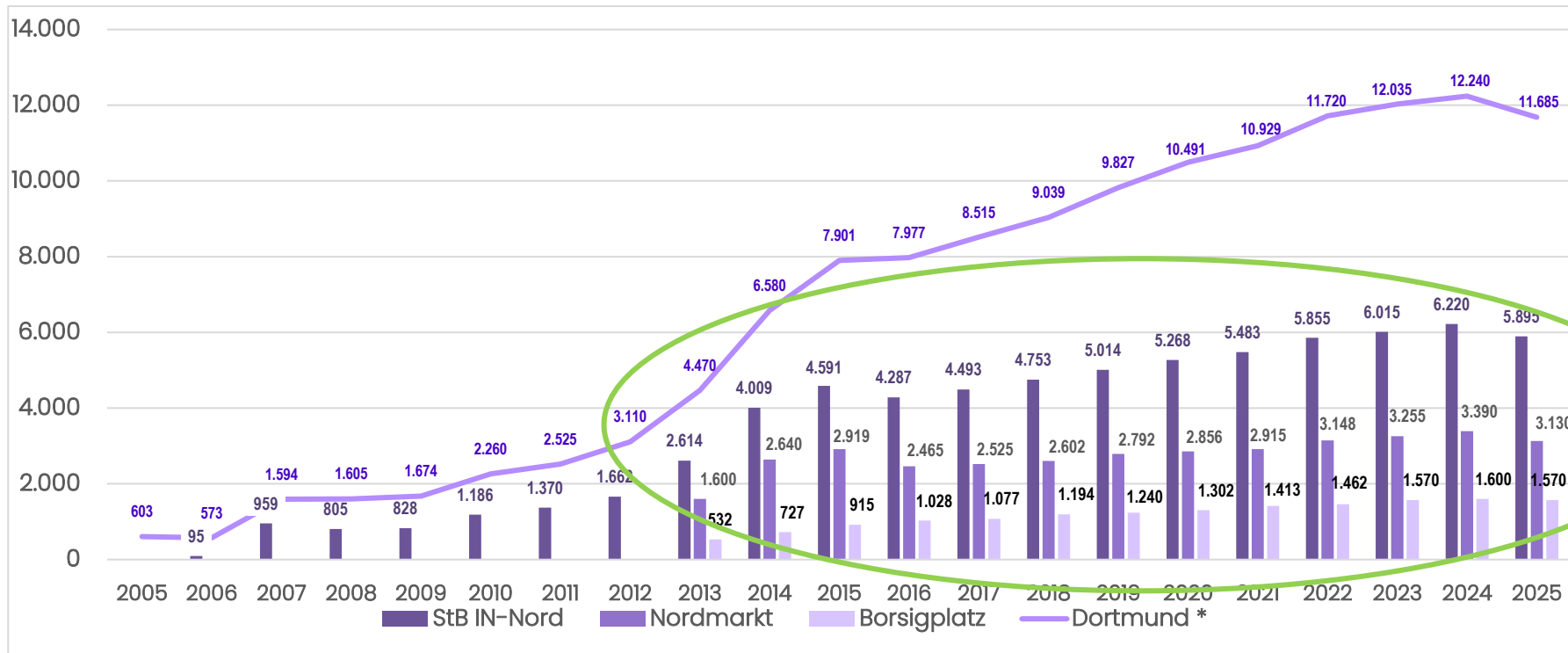
→ EU-Staaten (7)

→ Westbalkan-Staaten (3)

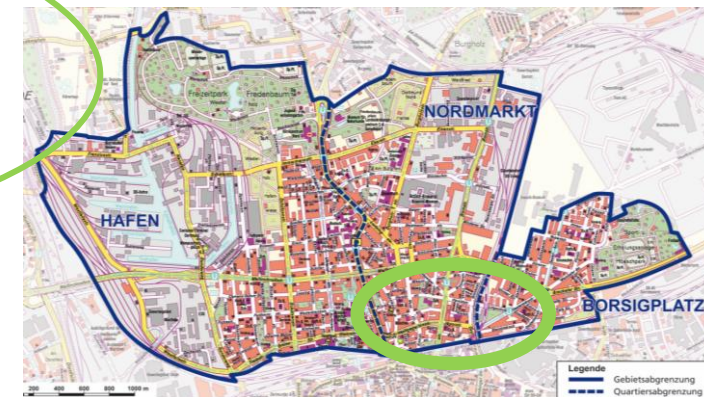
Fokus EU-Zuwanderung



Menschen mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in Dortmund, Stadtbezirk IN-Nord und Sozialräumen Nordmarkt und Borsigplatz 2005 bis 2025 (zum 31.12.)



Hohe räumliche Konzentration
meist in sozial belasteten Quartieren



Individuelle und strukturelle Rahmenbedingungen



Viele finden sich gut und schnell zurecht – andere nicht

- erlebte Armut, Ausschluss aus Schul-/Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem
- Bedingt geringe bis fehlende Schul-/formale Berufsbildung
- fehlende Deutschkenntnisse
- ungeklärter Krankenversicherungsschutz, ...

Menschen bringen Ressourcen mit

- Jung! – Über 26% unter 15, unter 2,5% über 65 Jahre alt
- Migrationserfahrungen! Non-formale Qualifikationen! Mehrsprachigkeit!
- Wunsch bei Beratung direkt nach Ankunft: Lebensunterhalt aus Erwerbsarbeit!

Einerseits:

Individuell vorhandene Ressourcen – aber nicht 1:1 einsetzbar

Andererseits:

Entwicklungspotenziale – aber durch strukturelle Hürden blockiert

Angebote teils nicht erreichbar oder ausreichend ausgestattet

- Deutsch-/IntKurse, Arbeitsmarkt, Qualifizierung, ...
- Wohnungsmarkt, ärztliche Versorgung, Schule, Kita...

Hürden – fehlende legale Perspektiven – fehlendes Einkommen

Günstiges Feld für Abhängigkeit + Ausbeutung!

Das gilt vor allem, aber nicht nur für EU2-Staatsangehörige

Wie bekommen wir das Delta geschlossen?

Jahr	Dortmunder Initiativen und Prozesse
2010	<ul style="list-style-type: none"> • Erste örtliche Austausch; Erkenntnis: zugewanderte Familien mit teils hochproblematischen, multikomplexen Lebenslagen • Zugänge schwierig, kaum bedarfsgerechte Hilfestrukturen
2011	<ul style="list-style-type: none"> • Gründung Dortmunder Netzwerk Neuzuwanderung • Erste Initiativen Richtung Land
2012	<ul style="list-style-type: none"> • NRW-Mittel für ‚Handlungsrahmen Zuwanderung SOE‘, KOOP mit DU, wissenschaftlich begleitet • Initiative zur → Gründung der DST-AG Neuzuwanderung
2013	<p>Auf Basis Handlungsrahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtstrategie EU-Zuwanderung, 6 Handlungsfelder • Ratsbeschluss: müssen Menschen bedarfsgerecht unterstützen • Zugang zu den Menschen: Idee Stadt DO/FH DO: Spezifischer Studiengang Soziale Arbeit • Initiative Richtung Land: Brauchen bedarfsgerechte Förderinstrumente <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsmarkt: Planung eines bedarfsgerechten ESF-Programms (Städte/Land/GIB) • Gesundheit/GKV: Dortmunder Konzeptentwurf ‚Clearingstelle Gesundheit‘ • Wohnungsmarkt: Entwicklung Wohnungszugangsstrategie <p>Erste Ergebnisse der DST-AG</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1. Positionspapier • BL-AG • ASMK
2014	<p>Gesamtstrategie:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konstituierung Koordinierungsgruppe EU2-Zuwanderung mit Koord.-Teams aus Verwaltung/Trägern/Ehrenamt/MSO • Start ESF-Modellprojekt „Stärkung der Erwerbsarbeit“ in 7 NRW-Städten <ul style="list-style-type: none"> • Willkommen Europa“ als Beratungs-, Arbeits-/Kooperationsstruktur • 9-Schritte-Verfahren zur gesellschaftlichen und Erwerbsteilhabe • Zugang zu den Menschen: WiSe 2014-15: Start Dualer Bachelor Soziale Arbeit, Schwerpunkt Integration <p>Staatssekretärsbericht</p>
2015	
2016	<p>Zäsur – Fokus: Flüchtlingszuwanderung</p>

Jahr	Dortmunder Initiativen und Prozesse
2016	<ul style="list-style-type: none"> • Erkenntnis aus Fluchtzuwanderung: Verschneidung EU + Flucht → GS Neuzuwanderung • Zugang zu Gesundheit/KV: Start Clearingstelle Gesundheit in 5 Städten aus MAGS-Mitteln • Planung Einwanderung gestalten: Städte/MAIS • Start EHAP-Prozess
2017	Start Einwanderung gestalten – Zielsystem Geflüchtete
2018	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang Wohnungsmarkt: <ul style="list-style-type: none"> • Start Umsetzung Wohnungszugangsstrategie • Planung der Ankauf-/Inwertsetzung • NRW-Lenkungskreis Zuwanderung SOE; Vereinbarung: gemeinsames Papier mit Lösungsstrategien (Teilhabe + Intervention) • DST-AG: 2. Positionspapier
2019	<ul style="list-style-type: none"> • NRW beendet Zusammenarbeit in NRW-Lenkungskreis; kein Papier – StNRW beschließt kommunales Papier • Planung Kommunales Integrationsmanagement – KIM
2020	<ul style="list-style-type: none"> • Zugang Wohnungsmarkt: Gründung Viertelwerk g GmbH • Start KIM-Case Management • Zugang Arbeitsmarkt: Start Verhandlungen Städte/DST mit BMAS und BA
2022	<ul style="list-style-type: none"> • Start Prozess Aktualisierung ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ • Zugang Arbeitsmarkt: Verhandlungen Städte/DST/BMAS – Vereinbarung: Modellvorhaben
2023	<p>Auf Basis Handlungsrahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Start örtlicher Prozess Erwerbsintegration stärken • Einbindung Romano Than in KOORD-Struktur • Handlungsfeld Partizipation/Aktivierung/Selbstwirksamkeit <p>Zugang Arbeitsmarkt: Verhandlung Rahmenbedingungen für Modellvorhaben Land: Strategieaustausch löst NRW-Lenkungskreis ab</p>
2024	<ul style="list-style-type: none"> • Land lädt Kommunen aus Strategieaustausch aus • Zugang zum Arbeitsmarkt: Start Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbintegration von EU-Bürger*innen
2025	Initiative Richtung EU-Gleichbehandlungsstelle
2026	Start Kooperation mit EU-Gleichbehandlungsstelle

Fokus Arbeitsmarktteilhabe

Bundesmodellvorhaben: Hintergrund in Dortmund



Seit 2012/13 (!) jahrelange Verhandlungen zwischen Städten und Bund (u.a. über AG des Deutschen Städtetages) – Ziel der Städte:

Rahmenbedingungen für gelingende Arbeitsmarktintegration schaffen – Regelinstrumente SGB II/III zur Verbesserung der Erwerbsintegration nutzen

2022: BA in Zusammenarbeit mit DST und BMAS: „Modellvorhaben ‚Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern‘“ – Ziele:

„Unionsbürgerinnen und –bürgern[sic], die sich bereits in Deutschland befinden, über verschiedene Ansätze als Arbeits- und Fachkräfte zu identifizieren, ihnen einen Zugang zu Beratung, Integrationsleistungen und Arbeitsvermittlung bzw. – bei Bedarf – zu sozialintegrativen Leistungen des SGB II zu verschaffen.“

Bundesweit 5 Modellstädte mit jeweils individuellen Ansätzen (Hamburg, München, Frankfurt/Main, Mannheim, Dortmund)

Was wollen wir in Dortmund erreichen?



- **Arbeitskräfte schnell identifizieren** – systematisch und dauerhaft in Arbeit bringen
- **Perspektiven der Zielgruppe stabilisieren**
 - an Ressourcen ansetzen, sie weiterentwickeln, als Potenziale nutzen
 - Motivation, Eigenverantwortung, Selbstwirksamkeit
- **(Organisierten) Leistungsmissbrauch verhindern** – Ausbeutungsstrukturen überflüssig machen
- **Gesellschaftlichen Zusammenhalt** stabilisieren
- **Nicht zuletzt: Westbalkan** – gemeinsam ‚vor die Lage bringen‘

Wie wollen wir das erreichen?



- **nachhaltige Lösung über bedarfsgerechte Anpassung der zuständigen Regelsysteme** – nicht nur temporäre Projekte
- **Erkenntnisse und Kernkompetenzen effizient einsetzen** – retrospektiv und perspektivisch:
 - Sehr erfolgreiches ESF-Projekt 2014-2020 in 7 Städten – Wissenstransfer!
 - Dortmunder Trägerverbund: Agentur, Jobcenter, Stadt, freie Träger, MSO, Ehrenamt, ...
- **Strategie stetig anpassen** – One-Stop-Shop
- **Zentral: Balance aus Intervention und Hilfe!**

Wer gehört in Dortmund zur Zielgruppe?



Nicht-leistungsbeziehende EU-Bürger*innen

- Besonderer Fokus: **nicht-leistungsberechtigte** EU-Bürger*innen (insbesondere Familien)
- die **weniger als 5 Jahre in Deutschland** leben
- den **Lebensunterhalt aus legaler Erwerbsarbeit** finanzieren wollen
- **noch keine berufliche Perspektive** in Dortmund haben
- faktisch noch **nicht in bedarfsgerechten Angeboten in Agentur oder Jobcenter angekommen** sind

Und nicht zuletzt: **Faire Arbeitgeber*innen!**

Ansatz in Dortmund: Einbettung in vorhandene Strukturen

Start Mai 2024

Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbsintegration von EU-Staatsangehörigen im Rahmen der Gesamtstrategische Anlaufstruktur in Dortmund

- Entwurf Stand 01/26 -



One-Stop-Shop

Willkommensberatung
(Friedensplatz/
Berswordthalle)

Erst-Clearing:
Anmeldung, ABH-
Angelegenheiten,
Sprache, Leistungen, ...
(Stadt, Träger, Jobcenter)

Erst-Clearing - Fokus:
Arbeitsmarktintegrations-
prognose EU-Zugewanderte
(Agentur, Jobcenter, Stadt,
Träger)

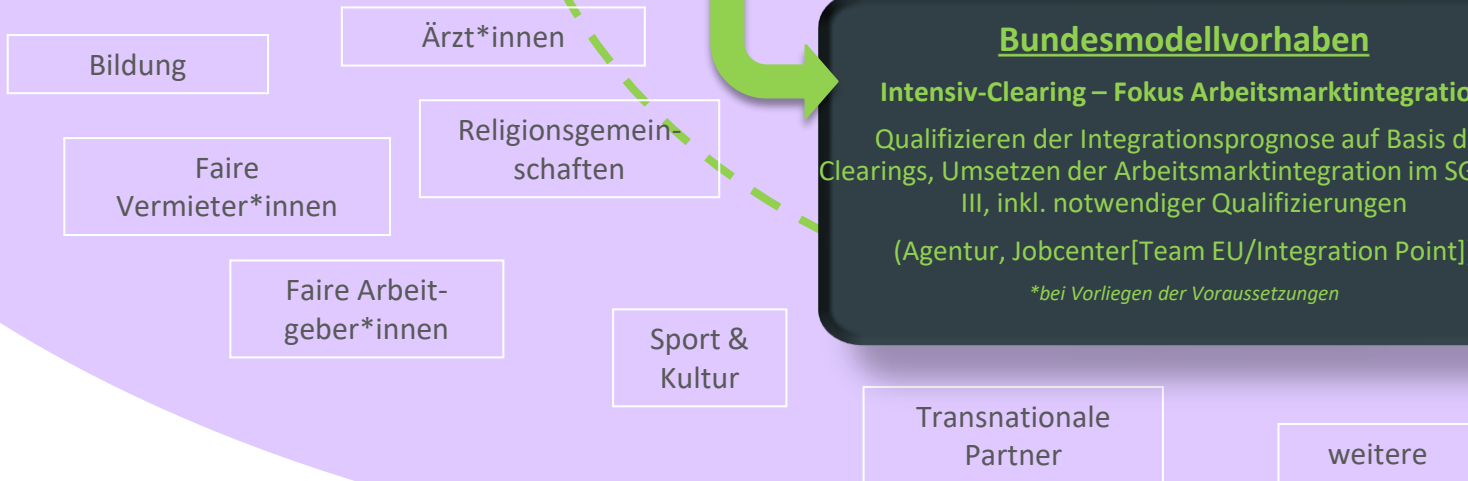
**Aufsuchen, Ansprechen, Vertrauen aufbauen,
Zusteuern**
von EU-Zuwander*innen an Trefforten
(Trägerverbund, EhAP Plus)

**„Willkommen Europa“ / KIM-Case Management für EU-
Bürger*innen – Intensivberatung/-angebote**

Intensiv-Clearing, muttersprachliche komplexe Hilfen,
Motivation, Begleitung, Einleiten der Integration (Arbeit,
Wohnen, Gesundheit, Schule, Einkommen,
Deutschförderung, Qualifizierung, Kompetenzen
feststellen/sichtbar machen, Nachbetreuung der
Arbeitnehmer-/Arbeitsgeber*innen
(Trägerverbund – gemeinsam mit Agentur und Jobcenter)

Bundesmodellvorhaben

Intensiv-Clearing – Fokus Arbeitsmarktintegration
Qualifizieren der Integrationsprognose auf Basis des
Clearings, Umsetzen der Arbeitsmarktintegration im SGB II*
III, inkl. notwendiger Qualifizierungen
(Agentur, Jobcenter[Team EU/Integration Point])
**bei Vorliegen der Voraussetzungen*



... Regel- und Projektangebote, u.a.:

- Gasthaus
- Beratungs-
stelle Arbeit
- Arbeit + Leben/
Faire Mobilität
- ESF/EhAP Plus,
Akti(F), BIWAQ
- Migrant*innen-
organisation
- lokal
willkommen
- Jugend-
berufshaus
- DLZ Bildung
- Ehrenamtliche
Hilfen
- Clearingstelle
Gesundheit
- Jobwinner
- Wohnungszu-
gangsstrategie
- MBE/JMD
- Raum vor Ort
- Weitere...

222 Teilnehmende im Modellvorhaben, davon zugeleitet aus

- One-Stop-Shop (MigraDo + Trägerverbund Willkommen Europa/EhAP): **78,8 % (175)**
- Agentur: **16% (35)**

158 haben das Modellvorhaben abgeschlossen, 56 sind noch im Modellvorhaben

- direkt in den Arbeitsmarkt: **30,5%** (67 von 220), darunter
 - in sv-Beschäftigung: **88,1%** (59 von 67)
 - in gf-Beschäftigung: **11,9 %** (8 von 67)
- ins SGB II : 45
- in Maßnahmen des Förderzentrums oder Sprachkurse: 20

Personaleinsatz bis 12/25:

1,0 vzw. Stelle der Agentur in
Beratung und Vermittlung
(eine weitere im Backoffice)

Fazit und Erkenntnisse:

Warum das Modellvorhaben in Dortmund gelingt

1. Steuerung des Handlungsfeldes in der städtischen Strategischen Sozialplanung

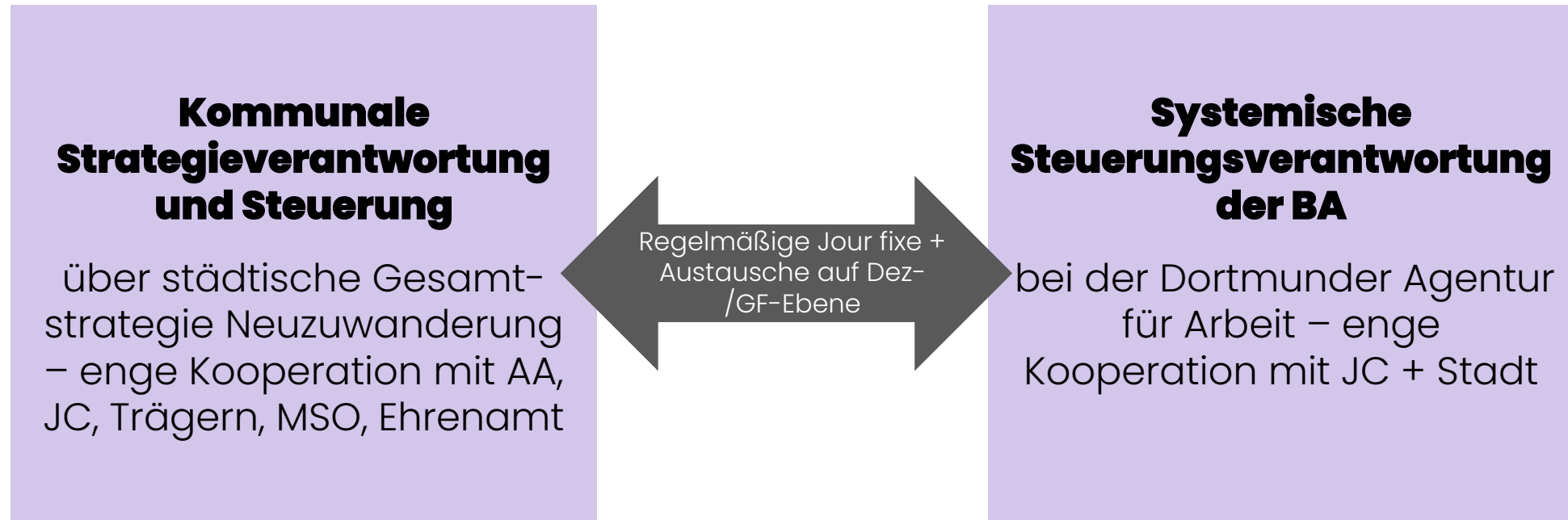


Strategische Sozialplanung als

- gesamtstrategisches Steuerungsinstrument kommunaler Sozialpolitik
- zielorientiert, faktenbasiert, interdisziplinär verankert, konzeptionell
- grundsätzlich in Verantwortungsgemeinschaft mit Akteuren in und außerhalb der Verwaltung, örtlich und überörtlich – auch Zielgruppen selbst



1. Klare Steuerungsverantwortung im Handlungsfeld



3. Gemeinsam erarbeitete verwaltungsübergreifende Zielausrichtung



1. **Konsens über die Ebenen:** Deutschland ist Einwanderungsland. Bundes-, Landes- und Kommunalebene finden sich mit ihren Zielen, Rahmenbedingungen, Potenzialen und Ressourcen in einer Zuwanderungsgesetzgebung wieder.
2. **Über die Ebenen kooperieren:** Bund und Land wertschätzen die stadtgemeinschaftlichen Integrationsleistungen und das örtlich aufgebaute Wissen und beziehen die kommunale Ebene auf Augenhöhe in Entscheidungsprozesse ein. Alle bilden eine Verantwortungsgemeinschaft, in die sie ihren Beitrag einbringen, auch die Herkunftsstaaten
3. **Aus Erkenntnissen lernen:** Erkenntnisse aus vorangegangenen Zuwanderungsphänomenen (EU-Zuwanderung, Flüchtlingszuwanderung 2015/16 und 2022) werden über die Ebenen gemeinsam analysiert. Progressive Lösungsansätze werden für alle Migrant*innen-Gruppen nutzbar gemacht, um statusabhängige Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Sie werden aktiv in EU-Erweiterungsprozesse, notwendige Umsteuerungen von Regelsystemen und -strukturen (BA, Schule, Krankenversicherung, ...) u.a. implementiert.
4. **Konsens für Partizipation:** Es gibt einen klar definierten, stadtgemeinschaftlich übergreifenden, zielgestützten Dortmunder Konsens: Neuzuwander*innen, die auf Dauer bleiben und Perspektiven erarbeiten wollen, sind in der Stadtgesellschaft willkommen. Dortmund bietet ihnen Partizipationsstrukturen, durch die sie selbstverständliche Partner*innen in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sind. Es gibt definierte Strukturen, Zugänge, Beteiligungs- und Aktivierungsmöglichkeiten. Sie ermöglichen es auch, das passende Ehrenamt für unterschiedliche Hilfe- und Beratungsbedarfe zu vermitteln.
5. **Ressourcen gezielt einsetzen:** Die verfügbaren Ressourcen werden gezielt in die Unterstützung der Menschen gelenkt, die diese aktiv in eigenständige Teilhabeperspektiven umsetzen wollen.
6. **Regelstrukturen professionalisieren:** Die Regelsysteme sind mit bestausgebildetem Personal, ausreichenden Ressourcen und guten Rahmenbedingungen ausgestattet, agil und flexibel ausgerichtet und in der Lage, ihre Angebote zügig bedarfsgerecht umzusteuern. Zeitlich begrenzte Projektangebote sind nur noch bei ad-hoc-Herausforderungen notwendig.
7. **Empowerment stärken:** In den Regelsystemen wird ein potenzialorientiertes ‚Empower-Management‘ umgesetzt, das eine eigenständige Lebensfähige Zugänge in allen zentralen Bereichen, insbesondere die zügige Sprachförderung, sind der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.
8. **Diversität ermöglichen:** Gesellschaftliche Vielfalt wird in ihrer Komplexität und Heterogenität wahrgenommen. Breitgefächerte Diversitätskompetenz. Diverse Lebensentwürfe sind in Dortmund keine Hürde.
9. **Ausbeutung bekämpfen:** Alle Ausbeutungsformen werden auf gesetzlicher Grundlage aktiv und wirksam bekämpft. Schutz- und Hilfestrukturen sind strukturen haben kein Betätigungsfeld
10. **Zugang zu Wohnen:** Neuzugewanderte können sich in Stadtbezirken ihrer Wahl mit angemessenem und bezahlbarem, ihren Bedarfen entsprechend versorgen. Nachbarschaften funktionieren und werden unterstützt. Menschen mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt erhalten niedrigschwellige
11. **Zugang zu Arbeit:** Neuzuwander*innen in Dortmund gelangen in adäquate, faire und nachhaltig den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung. Formale und informelle Potenziale und Ressourcen werden früh erkannt, gefördert und genutzt. Zugänge zu Qualifizierungen sind vorhanden und stehen allen offen.
12. **Bildung voranbringen:** Neuzuwander*innen erhalten die altersentsprechende Förderung und Zugang zu (Aus-)Bildung und Bildungserfolg. Sie haben frühen und direkten Zugang zu Kita, Schule, Aus- und Weiterbildung und erreichen formale Abschlüsse. Chancengerechtigkeit wird immer angestrebt. Außerschulische Ansätze ergänzen schulische Angebote.
13. **Zugang zu Gesundheit:** Neuzugewanderte haben Zugang zum Gesundheitssystem (niedergelassene Ärzt*innen, Krankenhäuser, Krankenkassen, verschiedene Institutionen). Das Gesundheitssystem stellt gesundheitliche Beratung sowie medizinische Behandlungsmöglichkeiten bei Bedarf niedrigschwellig und mehrsprachig zur Verfügung.

Zielsystem der Gesamtstrategie Neuzuwanderung:

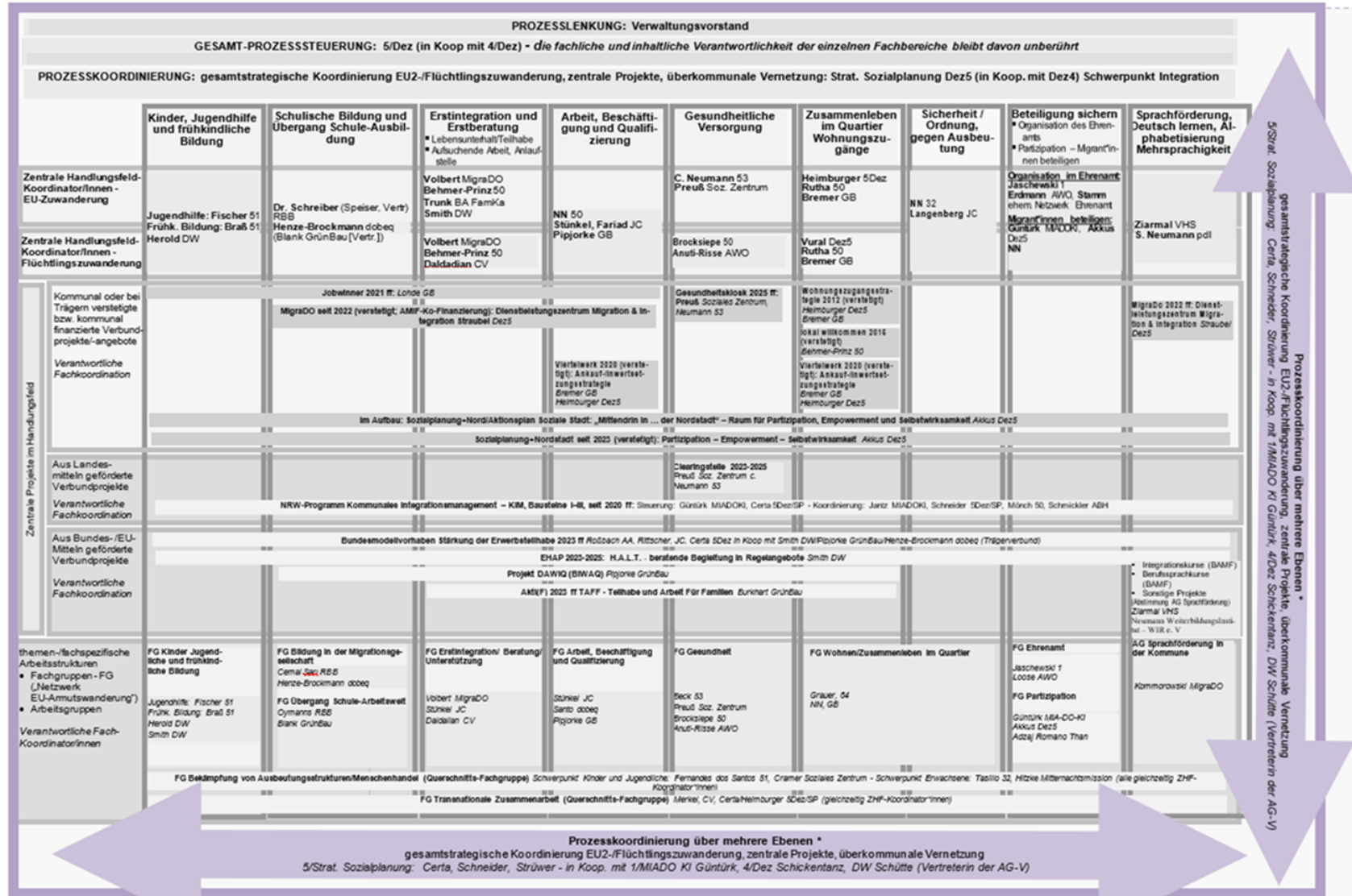
Organisationen-übergreifend entwickelt *

4. Gemeinsam erarbeitete Einschätzungen, Konzepte, Lösungsansätze – übergreifender Handlungsrahmen



THEMA		VORGELAGERTE VORBEREITUNGSPHASE:			WORKSHOP-PROZESS-PHASE II:					Finanzierung?																			
1. FACHGRUPPE (N) 2. VERANTWORTLICH		Zusammentragen der grundlegenden Eckpunkte und Abstimmung mit den Akteuren im HF-Strang als Grundlage für folgenden Prozess FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage → Diskussion und Erarbeitung der ‚Leitlinien und -ziele‘; FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage und der Leitlinien und -ziele: Entwickeln der Lösungsszenarien FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Finanzierung?																		
THEMA		VORGELAGERTE VORBEREITUNGSPHASE:			WORKSHOP-PROZESS-PHASE II:					Finanzierung?																			
1. FACHGRUPPE (N) 2. VERANTWORTLICH		Zusammentragen der grundlegenden Eckpunkte und Abstimmung mit den Akteuren im HF-Strang als Grundlage für folgenden Prozess FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage → Diskussion und Erarbeitung der ‚Leitlinien und -ziele‘; FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage und der Leitlinien und -ziele: Entwickeln der Lösungsszenarien FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Finanzierung?																		
		Ausgangslage / IST	Zentrale(r) Prozess(e) (FF)	Vision: Wo wollen wir in 10 (?) Jahren stehen?	Strategische Ziele	Zukünftige Herausforderungen	Was hat sich bewährt?	Was fehlt?	Weitere konkrete Schritte? Wer ist verantwortlich?	Finanzierung?																			
11 Ausbeutung bekämpfen		Kinder und Jugend	Neukonstituierung der FG	Volljährige:	1. FG Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen	THEMA	1.FACHGRUPPE (N)	2.VERANTWORTLICH	VORGELAGERTE VORBEREITUNGSPHASE:	Zusammentragen der grundlegenden Eckpunkte und Abstimmung mit den Akteuren im HF-Strang als Grundlage für folgenden Prozess FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)	Auf Grundlage der Ausgangslage → Diskussion und Erarbeitung der ‚Leitlinien und -ziele‘; FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)	Auf Grundlage der Ausgangslage und der Leitlinien und -ziele: Entwickeln der Lösungsszenarien FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)	Finanzierung?																
THEMA		VORGELAGERTE VORBEREITUNGSPHASE:			WORKSHOP-PROZESS-PHASE II:					Finanzierung?																			
3. FACHGRUPPE (N) 4. VERANTWORTLICH		Zusammentragen der grundlegenden Eckpunkte und Abstimmung mit den Akteuren im HF-Strang als Grundlage für folgenden Prozess FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage → Diskussion und Erarbeitung der ‚Leitlinien und -ziele‘; FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Auf Grundlage der Ausgangslage und der Leitlinien und -ziele: Entwickeln der Lösungsszenarien FF verantwortlich: zuständige ZHF-KOORD; Umsetzung: gemeinsam mit FG(n)			Finanzierung?																		
		Ausgangslage / IST	Zentrale(r) Prozess(e) (FF)	Vision: Wo wollen wir in 10 (?) Jahren stehen?	Strategische Ziele	Zukünftige Herausforderungen	Was hat sich bewährt?	Was fehlt?	Weitere konkrete Schritte? Wer ist verantwortlich?	Finanzierung?																			
9 Partizipation		1. FG Einbindung von MO und Neuzuwander*innen	2. Güntürk MI-ADOKI	Altundal-Köse	VMDO	Zielfindungsprozess im Rahmen der Konstituierung der Fachgruppe	Stärkere Beteiligung/Teilhabe/Akzeptanz von MO und Neuzuwander*innen, Multiplikator*innen und Ansprechpartner*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen.	Dortmund lebt Diversität. Abbau von Rassismus und Vorurteilen.	Mehr Wissen in Verwaltung, Regelsystemen und Zivilgesellschaft über MO und Zielgruppen (wer kann was beitragen?) vorhanden.	Passgenaue Unterstützung von MO (Stichwort: Unterscheidung ehrenamtliche Arbeit und professionelle Arbeit):	Auf Basis von Erhebung/neuem Wissen und systematischem Austausch kann strategisch geplant werden, wie welche MO sinnvoller Weise unterstützt werden.	Seitens der Regelstrukturen gibt es eine größere Sensibilisierung für die he-	Gewinnung/Einbindung von MO und Neuzuwander*innen, Multiplikator*innen und Ansprechpartner*innen in die Gesamtstrategie und die Fachgruppe(n).	Damit verbunden: Gestaltung der Arbeit in der Fachgruppe, Formulierung von Zielen, Bedarfen und Möglichkeiten.	Formate schaffen, in denen Mitarbeitende der Regel- und Zielgruppen für die geschilderten Herausforderungen/strukturellen Lagen sensibilisiert werden. Inzwischen gibt es eine Reihe von wissenschaftlichen Studien, die die geschilderte Problematik nachweisen (u.a. die SVR-Studie 2020, s.u.).	Die Expertise von MO, Neuzuwander*innen, Multiplikator*innen und Ansprechpartner*innen aus dem Communities werden kommuniziert, eingebracht und berücksichtigt sowie Stärkung der Strukturen	Fehlende Grundfinanzierung durch eingeschränkte Mitgliedsbeiträge (ggf. ebenso präkäre Lage). Grundsätzlich verfügen MO über niedrige Einnahmen und fragile Strukturen (Abhängigkeit von Projekten). Insofern ist es für viele MO ausgeschlossen, Eigenmittel ggf. für Förderprogramme und Projektfinanzierungen zu erwirtschaften. Wenn es zu einer systematischen, weniger fragilen und professionellen Zusammenarbeit mit MO kommen soll, muss an dieser Stelle Entlastung geschaffen werden.	Neben den erheblichen bürokratischen Hürden muss berücksichtigt werden, dass viele MO ehrenamtlich arbeiten und	Strukturelle Unterstützung und Projektförderung für Migrant*innen-Organisationen, die sich über Jahre in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales, Freizeit, etc. etabliert haben. Beispiele: House of Resources, Fachberatung MO, Fördermittel über KOMM-AN NRW und MIA-DO-KI, Kulturbüro Stadt Dortmund, Aktionsplan Soziale Stadt, Bundeszentrale für Politische Bildung, MO-Förderung über die BR Arnsberg, Bundesmittel 'Kultur macht stark!', Projekt IN-SIST vom VMDO, „Migrant*innen stark organisiert“ vom MKF, Fördermittel des Integrationsrates der Stadt Dortmund, etc.	Auseinandersetzung mit spezifischen Themen, die mittelbar und unmittelbar die Vereine qualifizieren und weiterentwickeln	Kulturelles Verständnis, Kenntnisse zu Diversität, systemische Diskriminierung, Rassismus, Mobbing; etc.	Know-how aufbauen und weitergeben.	Exit-Programm in Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen.	Co Working Places für Vereine (Nutzung von Büroflächen und Veranstaltungsräumen).	Akzeptanz der Bedeutung von MO in etablierten- und Regelstrukturen.	Gute Infrastruktur/technische digitale Ausstattung.	Stärkere Einbindung einzelner Expert*innen, Multiplikator*innen und Ansprechpersonen ohne Anbindung an Vereinsstrukturen.	Stärkere Verzahnung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher und kommunaler Strukturen	Für professionelle MO: Über ESF, Bund, Land, Kommune. Kommunale Finanzierung ist darüber hinaus insbesondere für weniger professionalisierte Vereine wichtig auf Grund des direkten Zugangs und der einfachen Abwicklung.

5. Gemeinsame Arbeit in der Dortmunder Gesamtstrategie



* Struktur zur Prozesssteuerung und -koordinierung wird laufend fortentwickelt

Örtliche Gelingensbedingungen auf einen Blick – operativ



- Arbeitskräfte über **muttersprachliche aufsuchende Soziale Arbeit und Sprechstunden bei Netzwerkakteuren** frühzeitig erreichen (EhAP ist näher dran!) und dem SGB III zuleiten
- Zielgerichtetes, ausführliches, muttersprachliches **Clearing und Beratung durch Agentur und Trägerverbund (MigraDo, Willkommen Europa)**
- Im Idealfall: **Überleiten in Arbeit** (teils assistiert, begleitet), Kontaktaufbau zu Unternehmen
- Überleiten in qualifizierende, bedarfsgerechte **Angebote im SGB III oder II** (Integration-Point/Team EU)
- **Stabilisieren der Familiensituation** durch flankierende Maßnahmen der Netzwerkakture/des Trägerverbundes **-> Nachhaltigkeit!**

**Kooperationsbereitschaft,
Verlässlichkeit, Respekt vor
Kernkompetenzen der anderen**

Örtliche Gelingensbedingungen auf einen Blick – strukturell



- **Einbindung in Strategische Sozialplanung und Gesamtstrategie Neuzuwanderung**
- **Klare Steuerungsverantwortung** bei Stadt und Agentur
- **Verantwortungsgemeinschaft:** Stadt, Agentur, Jobcenter
- über Unternehmensgrenzen hinweg: **Zielkonsens, Kooperation, Kommunikation** – gemeinsam mit Trägern, Ehrenamt, MSO, ...
- **Respekt vor Kernkompetenzen und Kompetenzgrenzen** der anderen
- **Haltung und Pioniergeist:** „Wie bekommen wir das hin?“ statt „Geht nicht!“
- **Wissensbasis:** Schließen an Erfolge aus NRW-ESF-Projekt zur Stärkung der Erwerbsteilhaben 2014-2020 an
- **breitgetragene Ansätze** für komplexe Lösungen

**Zielkonsens auf Leitungsebene,
Verantwortung, Reformbereitschaft**



Gestaltungswille und Beitrag auf kommunaler Ebene sind enorm. Die Systemgrenzen sind es auch.

Wer Integration nicht konsequent ermöglicht, produziert genau die Problemlagen, die anschließend als Fehlanreize beschrieben werden.

Für ein beitragsfinanziertes System ist Arbeitsmarktintegration keine politische Option, sie ist systemische Notwendigkeit.

11.45 Uhr **Musikalischer Beitrag**

Soyono Eguro, Pianistin

Ayane Okabe, Violinistin

Programm:

George Enescu: Impromptu Concertant

Béla Baltók: Rumänische Volkstänze



12.00 Uhr **Mittagspause und Vernetzungsmöglichkeit**



13.00 Uhr **Workshop-Phase**

Workshop 1 – Strategien der Vernetzung

Netzwerkstruktur EU-Zuwanderung
auf sozialräumlicher Ebene

Raum 006

(Studienhaus)

Workshop 2 – Integration in den Arbeitsmarkt *Plenum*

Warum wir sie brauchen und wie sie gelingen kann

Workshop 3 – Projektpraxis zwischen

Anspruch und Realität

Plenum

Herausforderungen und nachhaltige Lösungsansätze

13.00 Uhr **Workshop 1: Netzwerke**

Moderation: Kai Sterzenbach, Lernende Region Netzwerk Köln e.V.



13.00 Uhr **Workshop 1: Netzwerke**
Kurz-Input



Ewa Palusiak, Kölner VHS



Nina Göpel, Caritasverband für die Stadt Köln

13.00 Uhr **Workshop 2: Arbeitsmarktintegration**
Moderation: Stephanie Gentsch, Stadt Köln



13.00 Uhr **Workshop 2: Arbeitsmarktintegration**
Kurz-Input



Rosina Haile, Agisra e.V. und Lisa Schürmann, Solibund e.V.

13.00 Uhr **Workshop 3: Projektpraxis**
Moderation: Fabian Stangier, Stadt Köln



13.00 Uhr **Workshop 3: Projektpraxis** **Kurz-Input**



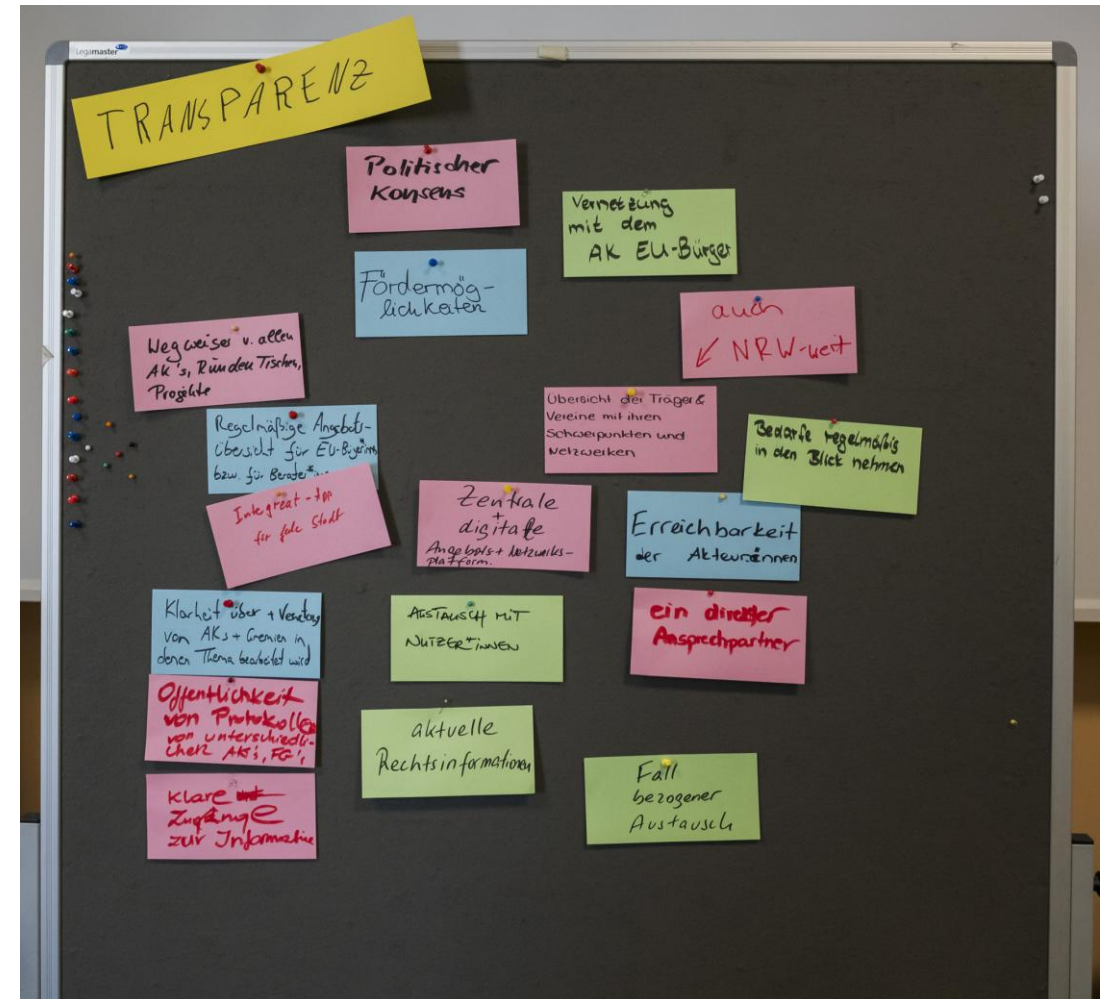
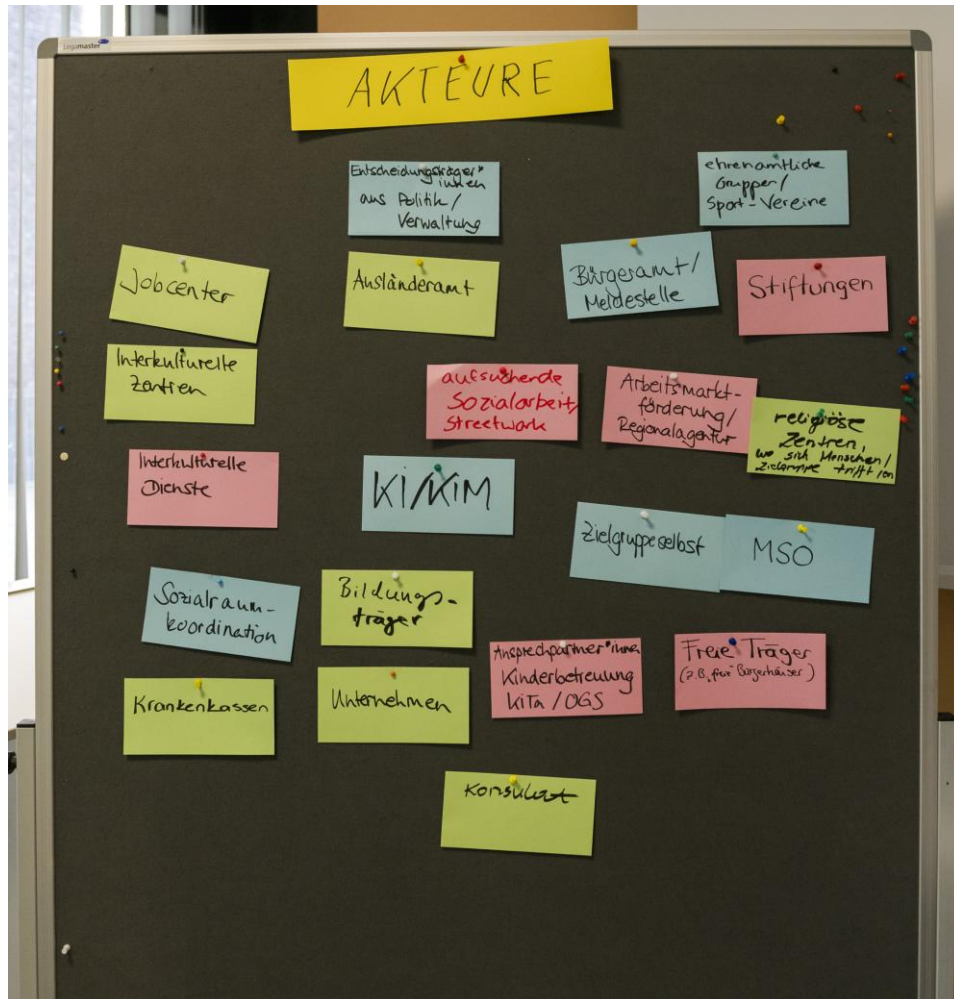
Manuela Savelsberg, EVA gGmbH



Gülistan Çaçan, Vingster Treff

14.15 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Workshops

Workshop 1: Netzwerke



14.15 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Workshops

Workshop 3: Projektpraxis



14.15 Uhr **Präsentation der Ergebnisse der Workshops**



14.30 Uhr **Kaffeepause**



14.50 Uhr **Podiumsdiskussion**

Zuwanderung aus Südosteuropa – Integration Heute und Morgen gestalten – Visionen und Voraussetzungen

Teilnehmende:

Andreas Bartels, Diakonie Deutschland, Berlin, Referent für Europäische Kohäsions- und Strukturpolitik, Mitglied im ESF Plus Begleitausschuss

Birgit Büttgen, Stadt Köln, Amt für Integration und Vielfalt, Stabsstelle Fachkoordination EU Zuwanderung

Christiane Certa, Stadt Dortmund, Leitung Strategische Sozialplanung

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Fachhochschule Münster, Fachbereich Sozialwesen, Politikwissenschaft/Sozialpolitik

Rainer Radler, Jobcenter Köln, Mitglied der Geschäftsführung

Bernd Walgenbach, Agentur für Arbeit Köln, Bereichsleiter Integration

Tim Westerholt, Caritasverband Köln e.V., Geschäftsfeldleiter Integration



Uli Kreikebaum, Andreas Bartels, Rainer Radler, Bernd Walgenbach, Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Birgit Büttgen, Tim Westerholt, Christiane Certa (von links nach rechts)

15.50 Uhr **Schlusswort**



Impressionen



16.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Die Transferveranstaltung „Zuwanderung aus Südosteuropa – EhAP Plus – Wege der Integration Heute und Morgen“ war eine Veranstaltung im Rahmen des EhAP Plus Projektes INKA – In Köln Ankommen.



Gefördert durch:



Das Projekt „INKA – In Köln Ankommen“ wird im Rahmen des Programms „EhAP Plus“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.“



Copyright: Folie 1 Stadt Köln

Bildnachweis: Folie 5, 6, 12, 39, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 82, 83: Constantin Ehrchen